Presseschau vom 20.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Rachel Marsden: **Im Westen steht man den Regierungen skeptisch gegenüber, nicht aber ihren antirussischen Narrativen**
Das Ergebnis einer Umfrage durch ein der NATO nahestehendes Institut zeigt ein abnehmendes Vertrauen der Bürger im Westen in die westlichen Demokratien. Aber warum wird dann die westliche staatliche Propaganda immer noch als das einzig wahre Evangelium geschluckt? …
https://kurz.rt.com/30ug bzw. hier

de.rt.com: **Eurokommunisten und Kleinrussland – Dmitri Medwedew trollt EU mit UdSSR-Vergleichen**
Laut dem russischen Präsidenten hätte Russland gegen einen EU-Beitritt der Ukraine nichts einzuwenden. Die Voraussetzung dafür wäre aber die künftige politische Unversehrtheit der jetzigen Akteure. An den Äußerungen von Dmitri Medwedew gemessen, sieht Russland genau da ein Problem. …
https://kurz.rt.com/314v bzw. hier

Alexei Tokarew: **Fünf Szenarien der territorialen Zukunft der Ukraine**
Es kursieren verschiedene Szenarien mit unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten für die Gestaltung des zukünftigen Territoriums der Ukraine. Sie unterscheiden sich vor allem in der Entfernung, um die sich die russische Grenze nach Westen bewegen wird. …
https://kurz.rt.com/314r bzw. hier

Elem Raznochintsky: **Noam Chomsky: Der Krieg in der Ukraine ist ein Stellvertreterkrieg der USA**
Einer der wohl einflussreichsten Intellektuellen der zweiten Hälfte des 20. sowie des jetzigen Jahrhunderts, Noam Chomsky, hat seine bisherige Position zur militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine endlich vertieft. Obwohl er die Entscheidung Russlands dazu immer noch verurteilt, wird nunmehr die US-Führung vom Philosophen ins Gericht genommen. …
https://kurz.rt.com/3158 bzw. hier

Timofei Bordatschow: **Das Afghanistan-Dilemma des Westens in der Ukraine**
Nach drei Monaten der Erklärungen über die Notwendigkeit eines Sieges beginnt sich der Ton der westlichen Debatte stilistisch und sogar inhaltlich zu ändern. Doch sind wirkliche Veränderungen im Verhalten des Westens in der Ukraine-Frage möglich, und welche Ursache könnten sie haben? …
https://kurz.rt.com/311t bzw. hier

Aljona Sadoroschnaja: **Ungewollt räumt Selenskij den Erfolg der russischen Spezialoperation ein**
Wladimir Selenskij hat die Entsendung von Kämpfern der Territorialverteidigung ins Kampfgebiet genehmigt. Was hat den ukrainischen Präsidenten zu diesem Schritt veranlasst und wie wird sich dieser auf die russische Spezialoperation auswirken? …
https://kurz.rt.com/314j bzw. hier

abends/nachts:

19:29 de.rt.com: **"Leichter umzusetzen als Rente mit 70": BDI-Chef für 42-Stunden-Woche**

Wenn es nach dem Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, geht, sollten die Deutschen demnächst länger arbeiten. "Eine längere Wochenarbeitszeit sei leichter umzusetzen, als die Einführung der Rente mit 70", so Russwurm.

Industriepräsident Siegfried Russwurm sieht längere Wochenarbeitszeiten als mögliches Mittel gegen den zunehmenden Mangel an Arbeitskräften. "Ich habe persönlich große Sympathie für eine optionale Erhöhung der Wochenarbeitszeit – natürlich bei vollem Lohnausgleich", sagte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) der Funke-Mediengruppe am Samstag.

Wenn die Babyboomer in Rente gehen, werde Deutschland viele Arbeitskräfte verlieren – und schon heute gebe es an vielen Stellen einen Mangel. "Eine 42-Stunden-Woche wäre sicherlich leichter umzusetzen als eine allgemeine Einführung der Rente mit 70", sagte Russwurm.

In der Diskussion um langfristig sinkende Einkünfte der Rentenversicherung hatte sich zuvor der Wirtschaftsforscher Michael Hüther für eine 42-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit ausgesprochen. Die meist als Mittel zur Ausbalancierung der Rentenversicherung diskutierte Heraufsetzung des Renteneintrittsalters hält der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) dagegen für politisch schwer umsetzbar. Widerspruch kam von den Gewerkschaften. Hüther hatte erklärt:

"Es braucht die 42-Stunden-Woche. Die Stunden werden natürlich bezahlt – es geht nicht darum, durch die Hintertür den Lohn zu kürzen."

In der Schweiz werde pro Woche bereits zwei Stunden mehr gearbeitet als in Deutschland, in Schweden eine Stunde mehr. Hüther weiter:

"Wenn man das aufsummiert, dann würde man bis 2030 den demografisch bedingten Verlust an Arbeitsvolumen kompensieren."

Widerspruch kam von den Gewerkschaften. DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel sagte in Berlin, längere Arbeitszeiten – egal ob innerhalb der Woche oder am Ende des Erwerbslebens – seien "billige Scheinlösungen" für die Alterssicherung. Es gehe nicht, die Lasten der demografischen Entwicklung allein bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abzuladen. Piel warnte vor "überlangen Arbeitszeiten", die auf Dauer krank machten. Um die Rentenversicherung zukunftsfähig aufzustellen, seien eine flächendeckende tarifliche Entlohnung und eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten verdienten Euro nötig, ohne Ausnahmen bei Minijobs, Saisonarbeit, Selbstständigkeit und den Bezügen von Mandatsträgern.

Auch die IG Metall hatte den Vorstoß Hüthers zurückgewiesen. "Längere Arbeits- und kürzere Ruhezeiten führen nicht zu mehr Fachkräften, sondern zu einem Raubbau an der Gesundheit der Beschäftigten", warnte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft. Wer mehr Fachkräfte wolle, müsse Arbeitsplätze attraktiver machen, mehr aus- und weiterbilden, für mehr Vereinbarkeit sorgen sowie die Teilzeitfallen abbauen, mahnte Urban.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62af1e7648fbef46e717bfc7.jpg

20:15 de.rt.com: **Ukraine muss aufgrund von Engpässen Treibstoff aus Belgien und den Niederlanden kaufen**

TASS verweist auf einen Bericht der Financial Times, wonach die Ukraine seit Beginn der russischen Militäroperation keinen Treibstoff mehr aus Weißrussland sowie aus Aserbaidschan und Rumänien erhält, die sie auf dem Seeweg belieferten.

Die Möglichkeiten der Ukraine, Treibstoff zu importieren, wären seitens der EU-Länder beschränkt, sodass Kiew gezwungen ist, diesen aus Belgien und den Niederlanden zu beziehen. Dies habe der ukrainische Infrastrukturminister Alexander Kubrakow in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit der britischen Zeitung Financial Times erklärt.

"Alle unsere Importe kommen aus der EU", sagte Kubrakow und fügte hinzu, dass die Ukraine bestrebt sei, Treibstoff "von überall herzubekommen, wo sie kann". "Früher haben wir das nur in den Ländern und Häfen getan, die der Ukraine am nächsten liegen, in Polen und Rumänien, aber jetzt importieren wir Kraftstoff aus Belgien und den Niederlanden".

Derzeit kämen täglich bis zu 230 Tanklastwagen mit Kraftstoff aus der EU in die Ukraine, und die neuen Abkommen zwischen Kiew und Brüssel dürften die Zollverfahren für die Einfuhr von Benzin und Diesel in die Ukraine vereinfachen. Nach Angaben eines Vertreters des Büros des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, Rostislaw Schurma, machten die EU-Länder früher nur 5 Prozent der Treibstofflieferungen aus, die die Ukraine auf dem Landweg erhält, jetzt seien es 100 Prozent.

Im Juni werde die Ukraine voraussichtlich insgesamt etwa 600.000 Tonnen Treibstoff aus Europa erhalten – zehnmal mehr als im März.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62af57e3b480cc3a0f02eaab.jpg

Folgen der Explosion einer Ölraffinerie und eines Treibstoffdepots in Krementschug (Gebiet Poltawa) nach einem russischen Raketenangriff von See aus, 13. Mai 2022

21:45 (20:45) novorosinform.org: **Die Ukraine hat die LVR mit "Totschka-U" engegriffen**
Am Abend des 19. Juni griffen ukrainische bewaffnete Formationen das Territorium der LVR mit einer taktischen Rakete Totschka-U an. Das Dorf Choroscheje im Bezirk Slawjanoserbsk der Republik wurde nach Angaben der Repräsentanz der LVR in der GZKK getroffen.
Nach Angaben der Vertretung wurde um 19:10 Uhr aus Richtung der Siedlung Artjomowsk (Bachmut) mit dem taktischen Raketensystem Totschka-U ein Schlag auf die Siedlung Choroscheje geführt.
Informationen über Zerstörungen und Verluste infolge des Beschusses werden noch erfasst.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/23/47123_720x405.jpg

21:30 de.rt.com: **Regierungsvertreter: Russlands Inlandstourismus erreicht in diesem Jahr das Vorpandemie-Niveau**
Bereits in diesem Jahr werde Russland im Binnentourismus das Vorpandemie-Niveau erreichen – so der russische Vizepremierminister Tschernyschenko. Auf der Tagesordnung der heimischen Reisebranche stünde unter anderem die Imagepflege des Inlandstourismus.
Das Vorpandemie-Niveau im Inlandstourismus werde noch bis Ende des Jahres 2022 erreicht – das teilte der russische stellvertretende Ministerpräsident Dmitri Tschernyschenko in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS im Rahmen des Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg (SPIEF) am 17. Juni mit. Er sagte:
"Was die Touristenströme anbelangt, so denke ich, dass wir in diesem Jahr wieder das Vorpandemie-Niveau erreichen werden. Im vergangenen Jahr waren es bereits rund 63,6 Millionen Touristen, was mehr als 90 Prozent des Standes vor Beginn der Pandemie entspricht."
Tschernyschenko wies gleichzeitig darauf hin, dass sich in den letzten 30 Jahren in Russland eine Art Konsumkultur entwickelt habe, bei der die Menschen ihre Wohngebiete entweder gar nicht mehr verlassen oder vorzugsweise ins Ausland reisen würden. Die Auslandsreisen – vor allem in EU-Länder – seien zu einem regelrechten Trend geworden: Jedes Jahr hätten russische Touristen Transaktionen im Wert von mehr als 30 Milliarden US-Dollar (über 28 Milliarden Euro) im Ausland getätigt. Tschernyschenko erklärte weiter:
"Natürlich wurde dieses Geld in den selbigen Ländern reinvestiert – in der Türkei, in Griechenland, Italien, Ägypten und vielen anderen Ländern, deren Besuche als Zeichen eines gewissen Erfolgs angesehen wurden. Du bist erfolgreich gewesen und hast einmal im Jahr Urlaub in der Türkei gemacht. Das Wichtigste ist jetzt, dieses Bild zu ändern. Und dafür muss man ein wettbewerbsfähiges Umfeld schaffen."
Zuvor hatte sich Russland aus der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO) zurückgezogen. Wie das Außenministerium des Landes betonte, sei einer der Gründe dafür gewesen, dass die UNWTO "tatsächlich von den Ländern der Europäischen

Union monopolisiert wird, die sie für ihre eigenen Interessen nutzen".
Wie der Verband der Reiseveranstalter Russlands (ATOR) laut Nachrichtenagentur TASS erklärte, würden die wirtschaftlichen Verluste Russlands durch den Austritt aus der Organisation bei null liegen. "Es wird sicherlich Imageverluste geben, aber nur aus politischen Gründen", betonte ATOR damals. Russland ist nicht das einzige Land, das der UNWTO den Rücken gekehrt hat – vorab hatten Australien, Belgien, Kanada, Großbritannien, Singapur und die Vereinigten Staaten die Organisation verlassen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62af0d0248fbef46e717bfb3.jpg
Der russische Vizepremierminister Dmitri Tschernyschenko

wpered.su: **Die ukrainischen Streitkräfte setzen ihre Artillerie ein, um friedliche Einwohner des Donbass zu töten – Jurij Afonin**
Der erste stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF Ju. W. Afonin nahm an der Sendung „60 Minuten“ beim Fernsehsender „Rossija-1“ teil. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit. Thema der Diskussion im Studio waren die massiven Beschüsse von Donezk durch Artillerie der ukrainischen Streitkräfte, die in den letzten Wochen besonders heftig geworden sind. Beschossen werden Wohngebiete, Schulen, eine Entbindungsstation, es sterben friedliche Einwohner, darunter Kinder. Der Militärkommentator von „Gasety.ru“ Michail Chdarenok äußerte die Auffassung, dass die ukrainischen Streitkräfte so versuchen, Panik in der Bevölkerung hervorzurufen und die Kampffähigkeit der Einheiten der Volksmiliz zu verringern, indem sie die Soldaten durch Angst um ihre Verwandten paralysieren.
Jurij Afonin erwiderte, dass der seit acht Jahren beschossene Donbass nur noch schwer durch irgendetwas einzuschüchtern ist und die Morde an friedlichen Einwohnern von Donezk die sicherste Art sind, die Motivation ihrer Verteidiger zu verstärken, eine sehr starken Wunsch nach Vergeltung hervorzurufen. Diese Beschüsse sind eine absolut sinnlose Barbarei, die nicht so viel Vergleichbares in der Weltgeschichte hat, sagte er. Bei Kriegshandlungen geschehen nicht wenige Grausamkeiten, aber sie werden gewöhnlich zur Erreichung irgendeines militärischen Effekts begangen. In Donzek gibt es im Grunde keine militärischen Ziele: hier gibt es keine großen militärischen Kontingente; keine Industrie, die die Front versorgen würde. Aber die ukrainischen Streitkräfte setzen ihre Artillerie ein, verbrauchen Munition, um friedliche Einwohner zu töten.

21:30 de.rt.com: **Folgen des Beschusses der Kokerei in Jasinowka durch die ukrainischen Streitkräfte: Chemikalienbehälter beschädigt, Betrieb der Anlage geht jedoch weiter**
Der Kriegskorrespondent Jewgeni Linin des Telegram-Kanals Readovka berichtet vom Ort des Geschehens, dass infolge des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte ein Teil des Werksgeländes ausgebrannt und die Tanks zur Lagerung der Reagenzien beschädigt worden seien.
Das Werk laufe jedoch weiter. Derzeit werde aufgrund der Lage und der Situation nur auf den Linien produziert, die nicht stillgelegt werden können. Die Erzeugnisse würden nicht

exportiert, sondern in die "Konservierung" gegeben.
Nach Angaben des Vertreters der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes (Joint Centre of Control and Coordination) wurden heute insgesamt sechs 152-mm-Granaten, fünfzehn Raketen der BM-21-"Grad"-Raketenwerfer, zwei Raketen der BM-27-"Uragan"-Raketenwerfer und elf Granaten des NATO-Kalibers 155 Millimeter auf den Kirowski-Bezirk von Makejewka abgefeuert. Der Beschuss halte noch an – gerade als der Readovka-Bericht aufgezeichnet wurde, sei eine der Granaten in Richtung der noch in Betrieb befindlichen Produktionslinien geflogen.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/djccR_tYRnTIPM6SGgW6LSC1PvXdEK-ppMVQNPIIotOloeT2sNTF_4jqsJt3zXUNOsyCUqgvmXFFqDXs9BZlHfEuFfl-FpXDZDI8v9fGm3feLanBK7ePiyk7MGk-CxzuB1ZgDOVIdcPiH0OONeHVuUhZP6tOdVI0iDuKb64Ec2Sy06z3tizWST46bHGz-YZxJBEksIncAfdUOIcCbsdufVNEQKEtJQKUBfgSco2rljg4FPxXJLTKWlpGCqysmTSrHzxAoqXjkmbILO7EYqWzcfG38cSj-tdp41VG71ZyQZl6tsBZQUz3xdaqVfakKAhcyi8VrnJnhdOLveA8Kk-hyg

22:15 de.rt.com: **Ex-Staatsanwalt im Gebiet Lugansk: Ukraine baute NATO-Militärbasis nahe Sewerodonezk**
Die Kiewer Behörden sollen bereits im vergangenen Jahr mit dem Bau einer NATO-Militärbasis auf dem Flughafen von Sewerodonezk begonnen haben, erklärte der ehemalige stellvertretende Leiter der Staatsanwaltschaft des Bezirks Starobelsk in der Region Lugansk, Wladimir Kononow gegenüber RIA Nowosti. Kononow habe nach den Angaben der Agentur die Seiten im Konflikt gewechselt und sei zur Lugansker Volksrepublik übergelaufen. Eine Videoaufzeichnung des Gesprächs wurde auf dem RIA-Telegram-Kanal veröffentlicht.
"Der Flughafen war komplett geschlossen, alle Zufahrten waren gesperrt. Die ukrainischen Streitkräfte standen dort und wollten niemanden durchlassen. Niemand konnte sehen, was dort vor sich ging, was dort gemacht wurde. Ich habe das in der zweiten Hälfte 2021 gehört", sagte er.
Der ehemalige Justizbeamte berichtete zudem, dass er in der Stadt ausländische Instukteure gesehen habe, die den ukrainischen Streitkräften zeigten, wie man Artilleriestellungen im städtischen Gebiet einrichtet. Sie sprachen Französisch und Polnisch und trugen keine Abzeichen oder Erkennungsmerkmale außer gelber Armbinden.
Seweronodenzk ist seit mehreren Tagen unter Kontrolle der Lugankser Volksrepublik, die verbliebenen ukrainischen Kämpfer sind weiterhin in der Industriezone des Werkes Asot nahe der Stadt eingekesselt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62af7e00b480cc396b277c22.PNG
Wladimir Kononow im Gespäch mit RIA Nowosti

22:45 de.rt.com: **"Asow"-Kommandeure, die sich in Mariupol ergeben haben, wurden nach Moskau ins Untersuchungsgefängnis von Lefortowo überstellt**
Wie TASS unter Berufung auf eine Quelle aus dem Bereich der Strafverfolgung berichtet, wurden mehrere Personen aus dem Kreis der Kommandeure des ukrainischen nationalistischen Bataillons "Asow", die sich in Mariupol ergeben hatten, in das Moskauer Untersuchungsgefängnis Lefortowo gebracht.
"Mehrere Kommandeure von Asow, die sich bei der Erstürmung von Mariupol ergeben haben, wurden nach Lefortowo gebracht",
sagte die Quelle, ohne genau zu sagen, um wen es sich dabei handelt. Nach Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums hatten seit dem 16. Mai 2.439 Asow-Soldaten und ukrainische Soldaten, die auf dem Gebiet des Asow-Stahl-Kombinats eingeschlossen waren, ihre Waffen niedergelegt und sich ergeben.
Zuvor war berichtet worden, dass der stellvertretende Kommandeur von "Asow" Swjatoslaw Palamar (Codename "Kalina") und der Kommandeur der 36. Brigade der Marineinfanterie der ukrainischen Streitkräfte Sergej Wolynskyj (Codename "Wolyna"), die sich in Mariupol ergeben hatten, zu Ermittlungszwecken auf das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation gebracht worden seien.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62af878048fbef46e717c01a.png
Untersuchungsgefängnis Lefortowo in Moskau

vormittags:

7:05 de.rt.com: U**krainische Streitkräfte beschießen erneut Dorf in Russland**
Das Dorf Susemka im Gebiet Brjansk sei von der ukrainischen Seite beschossen worden und es gebe ein Opfer, teilte der Gouverneur des Gebietes Alexander Bogomas auf seinem Telegram-Kanal mit. Er schrieb:
"Das Dorf Susemka wurde heute früh von der ukrainischen Armee beschossen."
"Der feindliche Beschuss wurde schnell unterbunden. Nach vorläufigen Informationen gab es ein Todesopfer."
Der Beamte wies außerdem darauf hin, dass bei dem Beschuss auch mehrere Infrastrukturobjekte beschädigt worden seien, sodass der Strom teilweise ausgefallen sei. Alle Einsatz- und Rettungsdienste seien vor Ort tätig.

8:05 (7:05) novorosinform.org: **Russland begann während der Sonderoperation mit dem Einsatz neuer Raketen „Isdelije 305“**
Die russische Armee setzt die neuesten „Isdelije 305“ (Produkt 305) Mehrzweck-Lenkflugkörper in der Ukraine ein, berichtet die Nachrichtenagentur RIA Novosti unter Berufung auf informierte Quellen.
Die Rakete „Isdelije 305“ ist eine leichte Mehrzweck-Lenkwaffe, die von Hubschraubern und auch Drohnen abgefeuert werden kann. Vor allem treffen solche Raketen wichtige Ziele des ukrainischen Militärs – Lagerhäuser mit Munition, Treibstoff und Schmiermitteln, berichtet die Agentur.
Ein Merkmal des "Produkts 305" ist die Fähigkeit, ein Ziel ohne Sichtverbindung mit einem Zielsuchkopf zu treffen. Die durchschnittliche Reichweite beträgt 14,5 Kilometer - eine Rakete kann einen Sprengkopf von 25 Kilogramm auf eine solche Reichweite bringen.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/31/47131_720x405.jpg

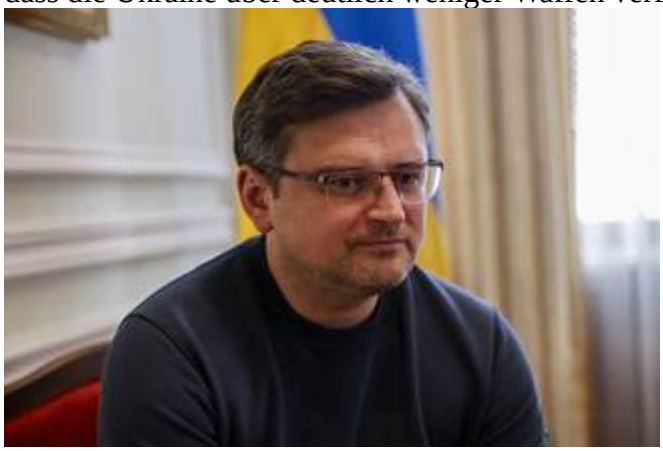
7:40 de.rt.com: **Bürgermeister von Odessa über wachsenden "Hass auf alles Russische" besorgt**
Der Bürgermeister von Odessa Gennadi Truchanow hat die zunehmende Russophobie in der Ukraine kritisiert und sich gegen die Umbenennung der Puschkinstraße in der Stadt ausgesprochen. Dies sagte er in einem Interview mit der New York Times. Er sagte:
"Odessa ist die multikulturelle Hauptstadt der Ukraine. Ich bin besorgt über den wachsenden Hass auf alles Russische."
Truchanow steht nach Angaben der Zeitung unter dem Druck derjenigen, die die Puschkinstraße in der Nähe des Rathauses umbenennen wollen, doch er selbst stellte klar, dass er die Initiative nicht unterstützen würde.
Zu Beginn der Woche kündigte der Bürgermeister der Stadt Odessa Pläne an, Straßen umzubenennen, deren Namen einen Bezug zu Russland haben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aff5c048fbef401165d2b5.jpg

dan-news.info: **Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin traf sich mit dem Bürgermeister von Donezk Alexej Kulemsin**, worüber er ein Video in seinem Telegram-Kanal veröffentlichte.
„Ich hatte bereits die Möglichkeit, einen Bericht unserer Militärs zu hören: Es ist klar, was sie bereits unternommen haben. Wir wissen, was in der letzten Nacht (vom 18. auf den 19. Juni) geschah, dass auch Luftstreitkräfte eingesetzt wurden, es wurden auch andere Mittel eingesetzt, um zu verhindern, was in den letzten Tagen mit Donezk und anderen Ortschaften der Donezker Volksrepublik passiert ist, die terrorisiert wurden“, sagte das Oberhaupt der DVR.
In den letzten Tagen hat der Feind Schläge nicht auf Positionen der Streitkräfte der Republik verübt, sondern intensiv gerade Ortschaften beschossen. „Das heißt, das war konkret vorsätzlicher Terror gegen die Zivilbevölkerung“, unterstrich Puschilin.
Er gab Kulemsin auch Anweisungen bezüglich Hilfsmaßnahmen für Bürger, deren Wohnraum durch Beschuss beschädigt oder zerstört ist und unterstrich besonders die Wichtigkeit der Bewertung des Schadens am Besitz der Bürger.

8:15 de.rt.com: **Ehemaliger SBU-Offizier zeigt geheimes Gefängnis am Flughafen von Mariupol**
Wassili Prosorow, ein ehemaliger Oberstleutnant des ukrainischen Geheimdienstes, hat eine Videotour durch den Flughafen von Mariupol gefilmt. Dabei zeigte er auch Räumlichkeiten eines geheimen Gefängnisses, das als "Bibliothek" bezeichnet worden war. Darin sollen in den Jahren 2014 bis 2015 Anhänger und Milizionäre der Volksrepublik Donezk festgehalten worden sein, berichtet RIA Nowosti.
Im März 2022 übernahmen die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik die Kontrolle über den Flughafen. Das Personal des Dnepr-Bataillons aus Dnepropetrowsk war 2014 in der Abflughalle stationiert. Prosorow erklärte in seinem Video:
"Diese gesamte Halle, die Terminalhalle, war der Standort des Freiwilligenbataillons des ukrainischen Innenministeriums 'Dnepr' aus Dnepropetrowsk. Genau dort befanden sich Feldbetten, Schränke, Stellwände."
"Im ersten Stock wohnte die Bataillonsführung in Zimmern."
Das geheime Gefängnis für "Separatisten" soll sich auf der rechten Seite des Terminals befunden haben. Hier befand sich einst der Eingang zu den Räumlichkeiten des Restaurants. Das Restaurant selbst befand sich im ersten Stock des Terminals, während sich im Erdgeschoss Kühlräume befanden, die angeblich als Gefängniszellen genutzt wurden.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/bPS2ENHb9OFAp_JvA09HY18-bpYONcSO4wYo4KMCHugaeyiGtgcal71qKQHcVg1-BixpKX3YHcTyC8pGjI4BLszsaELfeR25s0m-7NcO07kxb6qGN5mfcC2A47TVmyjNJVfAjATD7ZHi5r8-XG_Ubj5Qx2aoNXvURIWLoFowMhAGPAFB-rapimkyBeIj0Tqi2m_EDrxN0nR5CsXSjsMXSNzliXRw0Fzwzz1apT7bvfd8EqM1m52ouzPlqctNcCbGCEAjeIARGPO2B2eIq35EMiEivKqTryNDVk2pSs3wBAa_yhtULSFOxkhQnNTkwzYs8Goia5hYMRK6v0cdZnYnAQ

8:35 de.rt.com: **Ukrainischer Außenminister: Ukraine wird mit Schaufeln kämpfen, wenn westliche Waffenlieferungen ausbleiben**
Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba hat erklärt, dass sein Land die Konfrontation mit Russland fortsetzen und "mit Schaufeln kämpfen" werde, falls die westlichen Waffenlieferungen an Kiew gestoppt würden. Diese Aussage machte er am Sonntagabend gegenüber der ARD.
Gleichzeitig betonte er, dass niemand im Westen glauben sollte, dass sein Land ohne Waffenlieferungen eher zu Zugeständnissen bereit wäre. Zugleich räumte der Minister ein, dass die Ukraine über deutlich weniger Waffen verfüge als Russland.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b003f148fbef401165d2b7.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 20.06.2022**
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:
38 Mann;
6 Schützenpanzerwagen;
4 Fahrzeuge.
Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für

den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 16 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und eine Rakete eines taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“ auf Stachanow und Chroscheje **abgefeuert**.
Infolge von Beschuss:
wurde in Kirowsk ein Wohnhaus beschädigt;
wurde in Irmino ein Wohnhaus zerstört, 27 Wohnhäuser und eine Niederdruckgasleitung wurden beschädigt;
wurden in Stachanow 9 Wohnhäuser, die Schule Nr. 29 und eine Stromleitung beschädigt;
wurden in Choroscheje 3 Wohnhäuser , die Mittelschule Nr. 5, der Kindergarten „Rjabinuschka“, das Kulturhaus, die Infrastrukturabteilung und ein Geschäft beschädigt.
Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, hat die Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet**.
Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.
So haben gestern Freiwillige der „Newskij Front“ und Fans des Fußballvereins „Zenit“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Güter in Form von Lebensmitteln, Kindernahrung, Hygienemitteln und Wasser für bedürftige Einwohner des frontnahen Perwomajsk geliefert.

9:00 de.rt.com: **Chinas Außenministerium kritisiert Washingtons Machenschaften vor der Haustür Russlands**
Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhang Heqing veröffentlichte auf seinem Twitter-Account eine Karikatur, in der er die Rolle der Vereinigten Staaten in der aktuellen Situation in der Ukraine anprangerte.
"Schüren eines Dauerkonfliktes", heißt es in der Bildunterschrift.
Auf dem Bild steht ein Bär auf der Türschwelle seines Hauses, der Russland repräsentiert. Vor der Tür brennt eine Kiste mit der Aufschrift "Ukraine-Krise". Hinter dem Zaun des Hauses verbirgt sich Uncle Sam mit einem Kanister Benzin in der Hand. Von ihm zieht sich eine brennende Spur bis zur Kiste.

https://pbs.twimg.com/media/FVoFLyXWIAAyIhx?format=jpg&name=small

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.6.22 um 10:00 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 300 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122m sowie Mörsern des Kalibers 120mm, 82mm und 60mm

abgefeuert.
Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 3 Zivilisten und 6 wurden unterschiedlich schwer verletzt**. 32 Wohnhäuser, 8 zivile Infrastrukturobjekte und 13 Fahrzeuge wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über Tod und Verletzung von Zivilisten sowie Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 4 Lastwagen und eine Kompanie Personal. 4 Feuerstellungen des Feindes im Gebiet von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

9:15 de.rt.com: **Ehemaliger Rada-Abgeordneter verweist auf Warschaus Plan zur Übernahme der Westukraine**
Die Äußerungen des polnischen Präsidenten Andrzej Duda über die Ukraine offenbaren angeblich die anhaltenden Versuche Warschaus, sich den westlichen Teil des Landes anzueignen. Das verkündete der ehemalige Rada-Abgeordnete Ilja Kiwa auf Telegram.
Duda verkündete in einer Rede anlässlich des Tages der polnischen Diaspora, dass es "keine Grenzen mehr zwischen Polen und der Ukraine geben wird".
"Polen setzt die Vorbereitungen zur Übernahme der Westukraine aktiv fort", so Kiwa.
Der ehemalige Rada-Abgeordnete zitierte außerdem Dudas Aussage darüber, dass "Ukrainer und Polen gemeinsam auf diesem Land leben" könnten.
Zuvor hatte auch der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew auf die Erklärung des polnischen Präsidenten zur Grenze mit der ehemaligen Sowjetrepublik hingewiesen. Seiner Meinung nach bedeutet dies, dass Warschau die westukrainischen Gebiete an sich reißen will.

10:20 (9:20) novorosinform.org: **Der FSB entlarvte eine Gruppe von Steuerbeamten, die Daten über die Sicherheitskräfte sammelten**
Die Kriminellen waren seit 2019 tätig und sammelten und übermittelten geheime Daten ins Ausland.
Mitarbeiter des russischen FSB hätten zusammen mit dem Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation und dem KGB von Belarus eine Gruppe von Privatdetektiven und Mitarbeitern der Steuerbehörden entlarvt, die an der illegalen Sammlung und Weitergabe von Daten über die Sicherheitskräfte beteiligt waren, heißt es in einer Mitteilung auf der Website des FSB.
Es wird darauf hingewiesen, dass es um kriminelle Handlungen gehe, die von 30 Personen begangen wurden, darunter Militärangehörige.
"Illegale Aktivitäten von Vertretern privater Ermittlungs- und Steuerbehörden im Zusammenhang mit der illegalen Sammlung von rechtlich geschützten Informationen im Interesse Dritter, einschließlich ausländischer Staatsbürger, wurden unterdrückt", heißt es in dem Bericht.
Die Strafverfolgungsbehörde teilte mit, dass eine Gruppe von Kriminellen ab 2019 Daten über Militär, Vollzugsbeamte und den Föderalen Vollzugsdienst an ihre Kunden aus dem Ausland übermittelt habe. Gegen die Inhaftierten wurden Strafverfahren nach Art. 290 (Annahme von Bestechungsgeldern) und 291.1 (Vermittlung bei Bestechung) des Strafgesetzbuches Russlands eingeleitet.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/43/47143_720x405.jpg

9:30 de.rt.com: **Duma-Sprecher Wolodin: Ukraine weder für EU-Mitgliedschaft noch Kandidatenstatus geeignet**
Die Ukraine ist weder für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft noch für einen Kandidatenstatus geeignet. Diese Meinung äußerte der Sprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin am Montag auf seinem Telegram-Kanal.
"Die Ukraine ist in keiner Weise für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft geeignet, auch nicht für den Kandidatenstatus. Totale Korruption, zügellose Kriminalität, oligarchische Macht und eine ruinierte Wirtschaft – das sind die Merkmale der modernen Ukraine. Und Europa versteht das auch sehr gut, aber der Wunsch, Russland zu schaden, überwiegt."
Nach Ansicht des Dumasprechers versage der Westen "im Kampf gegen Russland bis zum letzten Ukrainer". Er fügte hinzu:
"Deshalb sind Washington und Brüssel bereit, alles zu tun, um die Gefechte aufrechtzuerhalten. Dies ist der Grund für die Entscheidung, der Ukraine den Status eines Kandidaten für die Aufnahme in die Europäische Union zu verleihen."
"Das Ergebnis für die Ukraine wird traurig sein. Das Entscheidungszentrum wird offiziell nach Brüssel verlegt. Sie wird schließlich ihre Unabhängigkeit verlieren."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b00e0c48fbef45724bb256.jpg

9:55 de.rt.com: **DVR: Ein toter Zivilist und zwei Verletzte in Makejewka nach Beschuss**

durch ukrainisches Militär
Beim Beschuss von Makejewka durch die ukrainischen Streitkräfte am Sonntagabend sollen ein Mensch getötet und zwei weitere verletzt worden sein. Dies teilte die Vertretung der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes am Montag mit.
Den Angaben zufolge feuerten die ukrainischen Sicherheitskräfte um 22:40 Uhr Moskauer Zeit zwei Raketen aus Uragan-Mehrfachraketenwerfern auf den Stadtteil Gornjazki in Makejewka ab. Ein Mann sei getötet, ein weiterer Mann und eine Frau seien verwundet worden.

10:10 de.rt.com: **Experte: Litauens Entscheidung zu Kaliningrad ist Grund für einen Krieg**
Die von Litauen organisierte Verkehrsblockade des Kaliningrader Gebiets sei ein Vorwand für eine militärische Aktion, da Vilnius das Recht Moskaus auf Zugang zu seinem Territorium verletzt habe. Das verkündete der ehemalige ukrainische Diplomat Rostislaw Ischtschenko in einem Beitrag für die Nachrichtenwebseite Ukraina.ru.
Zuvor hatte die litauische Eisenbahn der Kaliningrader Eisenbahn mitgeteilt, dass sie den Transit bestimmter von den EU-Sanktionen betroffener Güter ab Samstag einstellt.
Ischtschenko erklärte:
"Diese Entscheidung ist selbstmörderisch, denn sie ist ein vollendeter Casus Belli (Vorwand für eine Kriegserklärung). Das Völkerrecht garantiert jedem Staat eindeutig den Zugang zu seiner Exklave und interpretiert jede Behinderung der Ausübung dieses Rechts als Aggression."
Der Experte betonte, dass Litauens Verbündete versuchen könnten, diese Rechtsnorm zu ignorieren, da Russland noch immer auf dem Seeweg Zugang zu Kaliningrad hat. Eine solche Position sei jedoch unhaltbar, da das Völkerrecht die Aufrechterhaltung des Landtransits vorschreibe.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b01174b480cc2a185ecb7a.jpg
Rostislaw Ischtschenko

11:39 (10:39) novorosinform.org: **Russische Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörten 11 Züge des Grad MLRS in Richtung Donezk**
Das Verteidigungsministerium berichtete am vergangenen Tag über die Erfolge der Alliierten.
Am vergangenen Tag zerstörten die Streitkräfte der russischen Luft- und

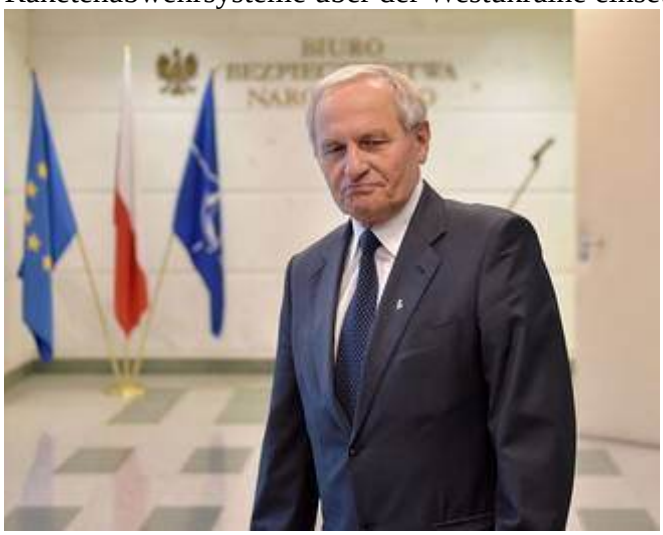
Raumfahrtstreitkräfte insgesamt 11 Züge von Grad-MLRS in Richtung Donezk. Dies teilte der offizielle Sprecher des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Generalleutnant Igor Konaschenkow, mit.
Darüber hinaus traf das russische Militär im Berichtszeitraum 12 Artilleriezüge, darunter zwei mit 155-mm-Haubitzen M777, zusammen mit den Artilleriebesatzungen.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/52/47152_720x405.jpg

10:40 de.rt.com: **Innenministerium der LVR: Toschkowka bei Sewerodonezk befreit**
Das Dorf Toschkowka, südlich von Sewerodonezk in der Lugansker Volksrepublik (LVR), wurde von den ukrainischen Militärverbänden befreit. Das teilte Witali Kiseljow, ein Berater des Innenministers der LVR am Montag gegenüber TASS mit.
Er fügte hinzu, dass die Säuberung der Siedlung Metelkino am Montag abgeschlossen wurde. Am 18. Juni teilte eine Quelle der LVR-Volksmiliz der Nachrichtenagentur TASS mit, dass sich Kämpfer des ukrainisch-nationalistischen Aidar-Bataillons einschließlich ihres Führungsstabs den LVR-Truppen nahe Sewerodonezk in der Siedlung Metelkino ergeben hätten. Rodion Miroschnik, LVR-Botschafter in Russland, hat dies am Sonntag bestätigt.

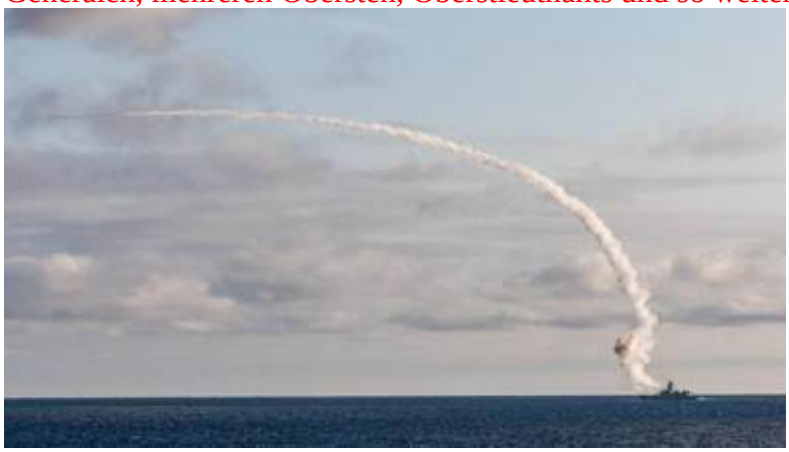
11:48 (10:48) novorosinform.org: **Russland wird die Region Kaliningrad vor der Aggression Litauens schützen – Klimow**
Durch die Blockierung der Lieferung vieler Waren in die Region Kaliningrad beging Litauen eine Aggression gegen die Russische Föderation. Dies erklärte der Leiter der Kommission des Föderationsrates zum Schutz der staatlichen Souveränität der Russischen Föderation Andrej Klimow.
Ihm zufolge „lösen solche Aktionen von Vilnius die Hände“ Moskaus beim Schutz seines Territoriums.
„Die Europäische Union wird, wenn sie den frechen Trick von Vilnius nicht sofort korrigiert, selbst die Legitimität aller Dokumente über die Mitgliedschaft Litauens in der EU für uns leugnen und uns freie Hand lassen, um das von Litauen geschaffene Kaliningrader Transitproblem mit allen Mitteln zu lösen“, sagte er.
Laut dem Politiker zwinge das Vorgehen Litauens Russland dazu, "sofort auf angemessene Selbstverteidigung zurückzugreifen".
„Das inakzeptable Verhalten von Vilnius gefährdet jetzt diesen gesamten militärisch-politischen Block, der de jure durch die Hände eines seiner Mitgliedsländer eine inakzeptable Blockade einer konstituierenden Einheit der Russischen Föderation beginnt“, fügte Klimow hinzu.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/53/47153_720x405.jpg

11:10 de.rt.com: **Polnischer General will russische Raketen über der Westukraine abschießen**
Die NATO sollte eine Flugverbotszone über der Westukraine einrichten und dort russische Raketen abschießen, forderte der polnische Brigadegeneral und ehemalige Leiter des polnischen Nationalen Sicherheitsbüros Stanisław Koziej gegenüber dem Medium Onet.
Er sagte, dass die russischen Streitkräfte westliche Waffen, die in die Ukraine geliefert werden, in den Grenzregionen zu Polen mit Langstreckenraketen zerstören. Seiner Meinung nach sollten die NATO-Länder die an Kiew übergebenen Waffen schützen. Der General betonte:
"Das ist inakzeptabel. Russische Langstreckenraketen, die vom Schwarzen Meer oder aus der strategischen Luftfahrt abgefeuert werden und in Richtung der NATO-Grenzen fliegen, müssen in ausreichender Entfernung von dieser Grenze abgeschossen werden."
Koziej deutete an, dass die Allianz "das Recht" habe, Russland ein Ultimatum zu stellen. Falls Moskau die Raketenangriffe nicht einstelle, könne man "ab einem bestimmten Punkt Raketenabwehrsysteme über der Westukraine einsetzen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b01e3eb480cc2f2371fc5c.jpg
Der ehemalige Leiter des polnischen Nationalen Sicherheitsbüros Stanisław Koziej

12:16 (11:16) novorosinform.org: **Rogow bestätigte die Liquidierung von 57 Offizieren der Streitkräfte der Ukraine**

Die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte führten einen Kalibr-Angriff auf einen Versammlungsort von Vertretern des ukrainischen Generalstabs aus.
Wladimir Rogow, Mitglied der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Saporoschje, bestätigte die Informationen über die Vernichtung von 57 ukrainischen Offizieren, darunter Generäle, durch das russische „Kalibr“-System. Er erklärte dies in der Sendung von "Solowjow Live".
Am vergangenen Sonntag griffen russische Luft- und Raumfahrtstreitkräfte mit Langstreckenraketen den Kommandoposten ukrainischer Truppen im Dorf Schirokaja Datscha in der Region Dnepropetrowsk an. Zu diesem Zeitpunkt fand ein Arbeitstreffen des Kommandostabs der operativ-strategischen Truppengruppierung „Alexandria“ statt, das auch die Richtung Saporoschje betraf.
„Die Panik ist kolossal, ich weiß, was da drinnen los ist. Nach aktualisierten Daten wurden 57 Personen ‚kalibriert‘, zumindest wissen wir im Moment von 57 hochrangigen Offizieren - Generälen, mehreren Obersten, Oberstleutnants und so weiter", sagte Rogow.



https://www.novorosinform.org/content/images/71/56/47156_720x405.jpg

11:40 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz berichtet über Verluste unter ausländischen Söldnern**
Polnische Söldner hätten in Kamyschewacha in der LVR schwere Verluste erlitten. Das erklärte einer der Kommandeure eines 6. Kosakenregiments der Volksmiliz der Luganskер Volksrepublik, das an den Kampfhandlungen in der Siedlung beteiligt war, gegenüber RIA Nowosti.
Ihm zufolge handelt es sich nicht um einzelne polnische Kämpfer, sondern um eine gut organisierte Gruppe, die seinen Angaben zufolge schwere Verluste erlitten hätte.

11:42 de.rt.com: **NATO-Generäle schwören Truppen auf Krieg gegen Russland ein – mit Atomwaffen?**
Wird aus dem neuen Kalten Krieg ein heißer? Nach Meinung mehrerer NATO-Generäle schon, und sie stellen ihre Soldaten demzufolge auf einen Dritten Weltkrieg ein.
Immer mehr NATO-Generäle schwören ihre Streitkräfte angesichts des Kriegs in der Ukraine auf einen militärischen Konflikt des Bündnisses mit Russland ein. Und langsam wird der Ton rauer. Während sich junge US-Soldaten nach Meinung des obersten US-Generals auf einen "bedeutenden internationalen Konflikt" gegen Russland und China vorbereiten sollten, spricht die militärische Führungsebene in Großbritannien gar schon von einem Dritten Weltkrieg auch auf europäischem Boden. In Deutschland geht ein General sogar noch weiter und droht dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bereits mit einem atomaren Vergeltungsschlag.
"Wir sind die Generation, die die Armee darauf vorbereiten muss, wieder in Europa zu kämpfen", erklärte Sir Patrick Sanders, der oberste Heeresführer des Vereinigten Königreichs, laut einem Bericht der britischen Zeitung The Sun in der vergangen Woche bei seiner

Antrittsrede vor Soldaten. Der von Russland begonnene Ukraine-Krieg habe demnach zu einer "neuen Ära der Unsicherheit" in Europa geführt. Und daher fordert der General: "Es ist nun dringend nötig, eine Armee zu formen, die in der Lage ist, Russland im Kampf zu besiegen."
Erstmals seit 1941 übernehme ein Generalstabschef das Kommando im Schatten eines Landkrieges in Europa, an dem eine Kontinentalmacht beteiligt sei, sagte Sanders mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg. "Die Invasion Russlands in die Ukraine unterstreicht unsere Hauptaufgabe: Das Vereinigte Königreich zu schützen, indem wir bereit sind, Kriege an Land zu führen und zu gewinnen", so Großbritanniens oberster General.
Doch mit seinen Ansichten steht der britische General schon lange nicht mehr alleine da. Zuvor hatte bereits der ranghöchste General der US-Armee, Mark Milley, bei der Abschlussfeier der Kadettenausbildung an der US-Militärakademie West Point vor einem globalen Krieg zwischen den derzeitigen Supermächten gewarnt. In seiner auf YouTube veröffentlichten Rede forderte er die anwesenden US-Offiziersanwärter Ende Mai dazu auf, sich auf einen "bedeutenden internationalen Konflikt" mit den Supermächten Russland und China vorzubereiten.
"Wir haben eine Revolution in Sachen Tödlichkeit und Präzisionsmunition erlebt. Was einst ausschließlich dem US-Militär vorbehalten war, steht nun den meisten Nationalstaaten zur Verfügung, die den finanziellen Willen haben, sie zu erwerben", erklärte der US-General. Zu diesem tiefgreifenden Wandel habe insbesondere der Fortschritt im Bereich der Künstlichen Intelligenz geführt.
"Die Überlegenheit, die wir, die Vereinigten Staaten, in den letzten 70 Jahren militärisch genossen haben, schwindet schnell, und die Vereinigten Staaten werden in der Tat, in jedem Bereich der Kriegsführung herausgefordert werden – im Weltraum, im Cyberspace, auf See, in der Luft und natürlich an Land", so Milley. Der General erklärte zudem, dass sich die USA als militärische Macht nicht länger zurücklehnen dürften, da "Russland mit seiner Aggression in der Ukraine und China mit seinem jüngsten wirtschaftlichen und militärischen Wachstum weiterhin den Wunsch nach globaler Eroberung" zeigten.
"In diesem Moment vollzieht sich ein grundlegender Wandel im Wesen des Krieges", sagte Milley. "Wir haben es mit zwei Weltmächten zu tun, China und Russland, die beide über beträchtliche militärische Fähigkeiten verfügen und die Absicht haben, die derzeitige, auf Regeln basierende Ordnung zu ändern." Der General erklärte im Hinblick auf die Zurückhaltung des US-Präsidenten Joe Biden bezüglich des Ukraine-Krieges weiter, dass "Putins Invasion der ehemaligen Sowjetnation" die Welt gelehrt habe, dass "Aggression, die unbeantwortet bleibt, den Aggressor nur ermutigt", und er ergänzte an die Kadetten gewandt: "Ihr werdet mit Roboterpanzern, - schiffen, und -flugzeugen kämpfen."
Der Inspekteur der deutschen Luftwaffe Generalleutnant Ingo Gerhartz ging mit seiner Ansprache anlässlich der Kieler Woche sogar noch einen Schritt weiter. "Putin, leg dich nicht mit uns an", drohte der General in Richtung Kreml vorige Woche auf dem "Kiel International Seapower Symposium", das alljährlich von dem so harmlos klingenden Institut für Sicherheitspolitik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel veranstaltet wird. Bis 2030 würden die Europäer demnach über "600 moderne Kampfjets im Ostseeraum" zur Abschreckung gegen Russland verfügen. "Dazu kommen noch die Flugzeuge der Amerikaner", so Gerhartz.
Die NATO-Staaten sollten sich zudem darauf vorbereiten, im Ernstfall auch Atomwaffen einsetzen zu müssen, entgegnete der Luftwaffeninspekteur auf die Frage, wie die NATO auf einen atomaren Erstschlag Russland reagieren würde. "Für eine glaubhafte Abschreckung brauchen wir sowohl die Mittel als auch den politischen Willen, die nukleare Abschreckung nötigenfalls umzusetzen." Die Äußerungen des Generals erinnern dabei stark an die Verlautbarungen der ehemaligen Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die in einem Interview mit dem Deutschlandfunk bereits im Oktober 2021 den

Einsatz von Atombomben zur Abschreckung gegen Russland forderte:
"Wir müssen Russland gegenüber sehr deutlich machen, dass wir am Ende – und das ist ja auch die Abschreckungsdoktrin – bereit sind, auch solche Mittel [Nuklearwaffen] einzusetzen, damit es vorher abschreckend wirkt und niemand auf die Idee kommt, etwa die Räume über dem Baltikum oder im Schwarzmeer NATO-Partner anzugreifen. Das ist der Kerngedanke der NATO, dieses Bündnisses, und das wird angepasst auf das aktuelle Verhalten Russlands."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b0095b48fbef401165d2ba.jpg
Der Inspekteur der Luftwaffe Generalleutnant Ingo Gerhartz

nachmittags:

13:05 (12:05) novorosinform.org: **Russische Truppen zerstörten Flugzeuge auf einem Flugplatz bei Odessa**
Die russischen Streitkräfte haben einen Angriff mit einer hochpräzisen Onyx-Rakete auf den Flugplatz Arzis in der Region Odessa gestartet, berichtet das Verteidigungsministerium.
Mit Hilfe der Onyx-Rakete des Küstenkomplexes Bastion gelang es den russischen Truppen, mehrere Drohnen und eine Kontrollstation zu eliminieren.
„Die Kontrollstation für unbemannte Luftfahrzeuge Bayraktar TB2 und zwei unbemannte Luftfahrzeuge dieses Komplexes am Boden wurden zerstört“, sagen Vertreter des Verteidigungsministeriums.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/64/47164_720x405.jpg

12:15 de.rt.com: **Litauen blockiert Transit: Kaliningrad muss sanktionierte Waren nun über den Seeweg beschaffen**
Mit Sanktionen belegte Waren, die unter das Transitverbot durch Litauen nach Kaliningrad fallen, sollen nun auf dem Wasserweg in die Exklave geliefert werden. Sie würden nun für den Seetransport umverteilt werden, sagte Dmitri Lysskow, Leiter des Pressedienstes der Regierung des Kaliningrader Gebiets, gegenüber RIA Nowosti. Er erklärte:
"Alles, was auf der Sanktionsliste steht, ist verboten. Wir werden die Ketten für diese Waren neu verteilen und dabei die Fähren und generell den Wasserweg der Lieferung berücksichtigen."
Die litauische Eisenbahn habe der Kaliningrader Eisenbahn mitgeteilt, dass sie den Transit von Gütern, die unter die EU-Sanktionen fallen, ab dem 18. Juni einstellen werde.
Der Gouverneur des Kaliningrader Gebiets Anton Alichanow erklärte, dass der Fährkomplex des Kaliningrader Gebiets aufgrund der Entscheidung von Vilnius die neuen Ladungen abwickeln werde. Der Transport von Erdölprodukten in die Exklave durch Litauen werde fortgesetzt und bleibe bis zum 10. August uneingeschränkt.

13:39 (12:39) novorosinform.org: **Wegen Weigerung des Priesters, auf das Moskauer Patriarchat zu verzichten, wurde in Lwow eine Kirche niedergebrannt**
Im Stadtteil Sychiw in Lwow geriet die Kirche des Heiligen Apostelgleichen Fürsten Wladimir in Brand. Dies teilte die Hauptdirektion des staatlichen Rettungsdienstes der Region Lwow mit.
Nach Angaben von Gemeindemitgliedern brach das Feuer in der Nacht 15 Minuten vor der Ausgangssperre aus. Augenzeugen berichten von Explosionsgeräuschen vor dem Brand. Nach Angaben der am Tatort eintreffenden Feuerwehrleute brach das Feuer unter einer Schicht Dachmaterial aus, das Dach der Kirche selbst wurde nicht beschädigt.
Später tauchten in den Medien Informationen auf, dass am Brandort ein Eimer mit Flüssigkeit, ein Stock mit Tuch, ein Feuerzeug, eine Jacke und eine Mütze gefunden wurden. Die Polizei beschlagnahmte die Beweise.
Es wird darauf hingewiesen, dass die Wladimir-Kirche wiederholt zum Ziel von Vandalen wurde. Am 8. Mai besprühten die Kriminellen die Vordertüren des Tempels mit Schaum und beschmierten die Wände mit aggressiven Inschriften. Später kamen Unbekannte zum "Gespräch" zum örtlichen Geistlichen und drängten ihn, das Moskauer Patriarchat aufzugeben.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/69/47169_720x405.jpg

12:40 de.rt.com: **Ukrainische Armee beschießt Bohrinseln im Schwarzen Meer**
Die ukrainische Armee hat am Montagmorgen die Bohrplattformen des Unternehmens

Tschjornomorneftegas auf der Krim angegriffen, auf der sich zwölf Menschen befanden. Das verkündete das Oberhaupt der Krim Sergei Aksjonow auf seinem Telegram-Kanal. Er teilte mit:
"Heute gegen acht Uhr morgens haben feindliche Einheiten die Bohrinseln von Tschjornomorneftegas angegriffen. Ich stehe seit dem Morgen in Kontakt mit meinen Kollegen vom Verteidigungsministerium und dem Föderalen Sicherheitsdienst. Wir arbeiten daran, Menschen zu retten. Auf diesen Bohrinseln befanden sich zwölf Personen, von denen bisher fünf gerettet und drei verletzt wurden. Die Suche nach den Verbliebenen geht weiter."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b04e57b480cc4ad56c5975.jpg

13:46 (12:46) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine haben das Gebiet Brjansk mit westlichen Waffen angegriffen – Gouverneur**
Ukrainische Kämpfer griffen das Dorf Suszemka in der Region Brjansk mit schweren Waffen an, die vom Westen geliefert wurden, zitiert der Telegram-Kanal "Ransche Wsjoch" eine Mitteilung des Gouverneurs der Region Alexander Bogomas.
Er teilte „Rossija-24“ mit, dass die Streitkräfte der Ukraine etwa 15 Geschosse auf das Territorium von Susemka abgefeuert hätten.
„Ungefähr 15 Granaten wurden abgefeuert, wie unser Militär sagt. Die Granaten wurden mit modernen Waffen abgefeuert, die der Westen an die Ukraine liefert, 155-mm-Granaten“, sagte Bogomas.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/70/47170_720x405.jpg

13:00 de.rt.com: **Kadyrow: Tschetschenische-Kämpfer beginnen mit der Befreiung des Dorfes Solotoje in der Volksrepublik Lugansk**

Kämpfer der tschetschenischen Achmat-Einheit haben zusammen mit verbündeten Truppen mit der Befreiung des Dorfes Solotoje in der Volksrepublik Lugansk begonnen. Das verkündete das Oberhaupt Tschetscheniens Ramsan Kadyrow auf seinem Telegram-Kanal. Er schrieb:
"Sie sind in diesem Gebiet auf verschiedene Nazi-Gruppen gestoßen, darunter auch polnische Söldner. Trotzdem gelingt es unseren Spezialeinheiten, strategisch wichtige Punkte zu erobern und systematisch vorzurücken."
Kadyrow stellte fest, dass das russische Militär Zivilisten aus dem besiedelten Gebiet evakuiert, die der Feind als menschliche Schutzschilde zu benutzen versucht.
Er betonte, dass die Spezialeinheiten bald die Orte Kamyschewacha und Solotoje vollständig befreien werden, um den Vormarsch der verbündeten Streitkräfte in Richtung Lissitschansk zu gewährleisten. Dies ist momentan die einzige Stadt der LVR, die noch von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert wird.

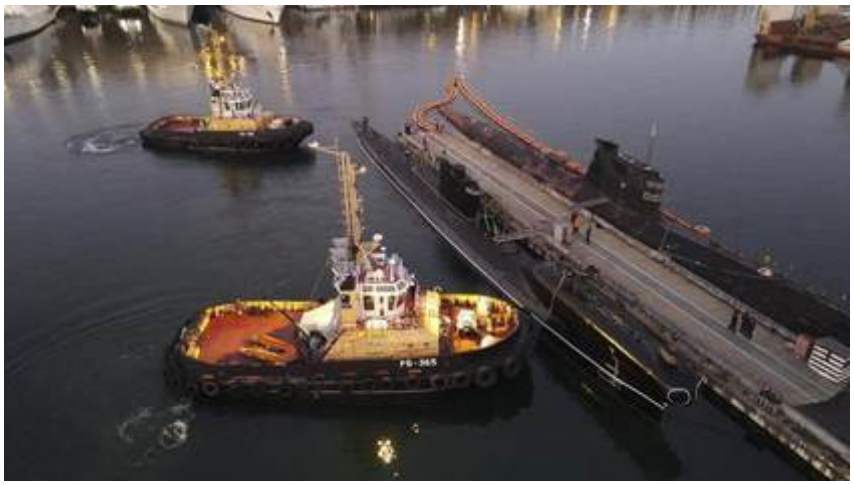
https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b02156b480cc29143eb95e.jpg
Kämpfer der tschetschenischen Achmat-Einheit

13:07 de.rt.com: **Angriff auf Flughafen Damaskus: Russland arbeitet an UN-Resolution zur Verurteilung Israels**
Russland wirbt im UN-Sicherheitsrat für die Verurteilung des jüngsten israelischen Angriffes auf den Flughafen von Damaskus. Im Entwurf heißt es, dass der Angriff gegen internationales Recht durchgeführt worden sei, die regionale Stabilität untergrabe und die Souveränität Syriens sowie "anderer Länder" verletze.
Russland bereitet einen Resolutionsentwurf im UN-Sicherheitsrat vor, in dem Israel für den jüngsten Raketenangriff auf den internationalen Flughafen von Damaskus verantwortlich gemacht wird. Dies berichtete der öffentlich-rechtliche Sender Kan in Israel am Sonntag. Der Angriff am 12. Juni war die umfangreichste Aggression Israels gegen ein ziviles Ziel in Syrien, wodurch der Flughafen von Damaskus faktisch für mehrere Tage lahmgelegt worden war.
Israelische Beamte bestätigten mittlerweile gegenüber dem israelischen Sender, dass Russland an der Resolution arbeite. Sie zweifeln jedoch daran, dass die Resolution verabschiedet wird, da die USA auch ein Vetorecht im Sicherheitsrat der UNO haben.
Im Entwurf heißt es, dass der Angriff gegen internationales Recht durchgeführt worden sei, die regionale Stabilität untergrabe und die Souveränität Syriens sowie "anderer Länder" verletze – ein offensichtlicher Hinweis auf den Luftraum des Nachbarlandes Libanon, von dem aus in letzter Zeit die Angriffe gegen Syrien gestartet wurden. Der Libanon hat in letzter

Zeit bei den Vereinten Nationen mehrfach Beschwerde eingelegt, als israelische Jets dessen Luftraum verletzt hatten, um einen Luftangriff auf Ziele in Syrien zu verüben.
In einer Erklärung verurteilte das russische Außenministerium Israels Angriff auf den Flughafen von Damaskus zuvor aufs Schärfste und bezeichnete die israelische Aggression gegen Syrien als "Provokation", die gegen "die grundlegenden Normen des Völkerrechts" verstoße. Der stellvertretende russische Außenminister lud in der vergangenen Woche zudem den israelischen Botschafter Alexander Ben Zvi vor, um Moskaus Besorgnis über den Angriff auf den Flughafen zum Ausdruck zu bringen.
Efraim Inbar, Präsident des Jerusalem Institute for Strategy and Security (JISS), glaubt, der Kreml nutze das internationale Forum der Vereinten Nationen, um dessen Unmut über den Luftangriff auf den Flughafen von Damaskus Ausdruck zu verleihen. Inbar warnte, dass der Schritt Russlands bei der UNO signalisieren könnte, dass eine Kursänderung bei der Kremlführung in Bezug auf Israels "Bewegungsfreiheit" in Syrien bevorstehe. Die israelischen Angriffe auf Syrien sind nach Angaben der israelischen Armee hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Ausbau des mutmaßlichen "iranischen Einflusses" in Syrien abzuwenden und Waffentransporte über Syrien an die Hisbollah zu unterbinden. Israel praktizierte laut eigener Darstellung bislang mit Moskau einen Mechanismus, wonach Russland nicht auf israelische Luftangriffe gegen iranische Ziele in Syrien reagiert habe. Moskau wies diese Darstellung der Lage mehrfach zurück.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b033afb480cc29143eb969.jpg

14:18 (13:18) novorosinform.org: **Opfer des Angriffs der Streitkräfte der Ukraine auf Tschornomorneftegas erlitten schwere Verbrennungen und Verletzungen**
Zwei Personen, die während des Angriffs ukrainischer Kämpfer auf die Plattformen von Tschornomorneftegas waren, erlitten schwere Verbrennungen, eine weitere wurde durch Granatsplitter schwer verletzt, sagte die russische Senatorin Olga Kowitidi gegenüber RIA Novosti.
Mehrere weitere Menschen wurden seien auf der BK-1-Plattform von Tschornomorneftegas verletzt worden, ihr Schicksal sei noch nicht bekannt, fügte die Senatorin hinzu.
Auf allen drei Plattformen des Unternehmens, das unter dem Angriff der Streitkräfte der Ukraine gelitten hatte, wurde die Arbeit eingestellt.
„Derzeit wird Gas abgelassen, um das Feuer auf den Plattformen zu stoppen“, sagte Kowitidi.


https://www.novorosinform.org/content/images/71/73/47173_720x405.jpg

13:53 de.rt.com: **Starship-Start: NASA fürchtet angesichts zuvor fehlgeschlagener Tests "verheerenden" Zwischenfall**

Die US-Weltraumbehörde NASA hat den Plänen von SpaceX, sein Riesenraumschiff Starship künftig vom Kennedy Space Center am Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida aus zu starten, vorerst eine Absage erteilt. Dort könnte eine Explosion beim Start die USA wiederum vom unabhängigen Zugang zur Internationalen Raumstation ISS abschneiden.

Eigentlich sollte für Elon Musk der baldigen kommerziellen Nutzung seines Riesenraumschiffs Starship nichts mehr im Weg stehen. Die letzten Genehmigungen, darunter die wichtige Unbedenklichkeitsbescheinigung für wenige erste Starts vom Starship auf dem eigens errichteten SpaceX South Texas Launch Site nahe Boca Chica Village, wurden dem Weltraumunternehmen SpaceX vor wenigen Wochen von der US-Luftfahrtbehörde FAA erteilt. Später soll die riesige Rakete – nach den Plänen des Tesla-Chefs – jedoch regulär vom US-Weltraumbahnhof Cape Canaveral in Florida starten. Doch dort hat die NASA ernsthafte Bedenken. Die US-Raumfahrtbehörde fürchtet demnach, dass ein niemals sicher auszuschließender Zwischenfall bei einem der Starship-Starts die USA wieder vom eigenen Zugang zur Internationalen Raumstation ISS abschneiden könnte.

Wie die US-Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf einen hochrangigen Mitarbeiter der Raumfahrtbehörde berichtet, fordert die NASA vom SpaceX-Unternehmen angesichts zuvor gescheiterter Tests eine Garantie, dass der SpaceX-Plan, die Starship-Rakete von Florida aus zu starten, keinesfalls die übrige nahe gelegene Infrastruktur der NASA gefährdet. Denn dies stelle die einzige Verbindung der USA zur Internationalen Raumstation ISS dar.

"Wir alle wissen, dass ein Vorfall wie bei einem der frühen SpaceX-Flüge für den Launch Complex LC39A (das ist die Startrampe, von der aus die US-Raketen zur ISS starten) ziemlich verheerend wäre", erklärte Kathryn "Kathy" Lueders, die Leiterin des Bereichs für Bemannte Raumfahrt bei der NASA, gegenüber Reuters.

Zu den wesentlichen Bedenken der NASA trägt die neuartige hochexplosive Treibstoffkombination von Flüssigsauerstoff und Methan bei, die das Starship in den Orbit bringen soll. "Das Problem ist, dass das Explosionspotenzial dieser Kombination nicht gut bekannt ist", sagte Randy Repcheck, Stellvertretender Leiter des Büros für kommerziellen Raumtransport bei der US-Luftfahrtbehörde FAA, das für die Sicherheit der Startrampen zuständig ist.

Deshalb habe SpaceX der US-Raumfahrtbehörde bereits verschiedene Vorschläge erarbeitet, um die Bedenken der NASA auszuräumen, heißt es in dem Reuters-Bericht weiter. Das Unternehmen suche demnach derzeit nach Möglichkeiten, den Startplatz LC39A zu "härten", also die Startrampe widerstandsfähiger zu machen, sowohl gegen einen explosiven Starship-Unfall als auch gegen die immensen Kräfte, die bei einem erfolgreichen Starship-Start

freigesetzt werden.
Sowohl die Härtung der Startrampe 39A als auch der bemannte Start von der Rampe 40 aus bedürfen allerdings der Zustimmung der NASA. "SpaceX arbeitet mit uns an diesen Dingen", sagte Lueders. "Denn es ist auch in ihrem Interesse, dass ihre Einnahmequelle nicht unterbrochen wird."
Bei der fast 120 Meter hohen Kombination von Starship mit Booster Super Heavy handelt es sich um die bislang größte und schubstärkste Rakete der Geschichte. Nach Inbetriebnahme wird das Raumschiff Platz für rund 100 Astronauten oder mindestens 100 Tonnen Fracht bieten. Im Rahmen des Artemis-Programms soll das Starship ab 2024 erneut Astronauten auf den Mond bringen. Mit dem Starship plant Elon Musk zudem die spätere Besiedelung vom Mars.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b04a2c48fbef46e717c06a.jpg
Starship ist das bis heute größte jemals von Menschenhand gebaute Raumschiff

14:15 de.rt.com: **Russische Luftabwehrkräfte schießen ukrainische MiG-29 im Gebiet Dnepropetrowsk ab**
Die russischen Luftabwehrkräfte sollen laut dem russischen Verteidigungsministerium eine ukrainische MiG-29 im Gebiet Dnepropetrowsk und neun Drohnen in den Gebieten Charkow, Cherson und in DVR und LVR abgeschossen haben, berichtete RIA Nowosti. Darüber hinaus soll die russische Luftabwehr neun Geschosse des Mehrfachraketenwerfers Uragan in der Region Charkow und in DVR abgefangen haben.

14:36 de.rt.com: **Russische Senatoren: Litauen wird im Falle einer Blockade Kaliningrads eine harte Antwort erhalten**
Litauens Weigerung, Züge mit sanktionierten Waren aus Russland nach Kaliningrad passieren zu lassen, ist ein legitimer Grund für eine harte Reaktion seitens Moskau. Diese Ansicht vertreten die russischen Senatoren Andrei Klischas und Andrei Klimow.
Litauens Versuch, das Kaliningrader Gebiet zu blockieren, stellt eine Verletzung der Souveränität Russlands dar und könnte Anlass für harte Maßnahmen seitens Russlands sein. Diese Meinung äußerte Andrei Klischas, russischer Senator und Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungsgesetzgebung des Föderationsrates. Auf Telegram schrieb er:
"Der Versuch Litauens, eine De-facto-Blockade des Kaliningrader Gebiets zu verhängen, stellt eine Verletzung der russischen Souveränität über die Region dar und könnte Anlass für sehr harte und ausschließlich rechtliche Maßnahmen seitens Russlands sein."
Falls die EU die Situation nicht bereinigt, wird sie Moskau "die Hände frei machen" und ihm erlauben, die Situation "mit allen Mitteln" zu lösen, stimmte Andrei Klimow, Leiter der Kommission des Föderationsrates für den Schutz der staatlichen Souveränität Russlands, zu. Er schrieb auf Telegram:

"Wenn die Europäische Union den unverschämten Streich von Vilnius nicht sofort korrigiert, wird sie selbst die Legitimität aller litauischen EU-Beitrittsdokumente absprechen und uns die Hände dafür frei machen, das von Litauen geschaffene Kaliningrader Transitproblem mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu lösen."

Klimow erinnerte daran, dass Moskau und Brüssel in der "Gemeinsamen Erklärung der Russischen Föderation und der Europäischen Union zum Transit zwischen dem Kaliningrader Gebiet und dem Rest der Russischen Föderation" übereingekommen sind, gemeinsam "die einzigartige Stellung des Kaliningrader Gebiets als Teil der Russischen Föderation" anzuerkennen und gemeinsam "besondere Anstrengungen zu unternehmen, um die Bedenken beider Seiten hinsichtlich des künftigen Personen- und Gütertransits zu berücksichtigen".

Klimow wies auch darauf hin, dass Litauen "unter Berücksichtigung des Problems des Kaliningrader Transits" in die NATO aufgenommen worden sei, während Vilnius nun "de jure eine inakzeptable Blockade" der russischen Region mittels eines ihrer Mitgliedsstaaten beginne. Er betonte, dass eine solche Blockade "als eine direkte Aggression gegen Russland gewertet werden kann, die es buchstäblich dazu zwingt, umgehend auf eine angemessene Selbstverteidigung zurückzugreifen".

Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Entscheidung Litauens, das Kaliningrader Gebiet zu blockieren, als beispiellos. Er sagte:

"Die Entscheidung ist wirklich beispiellos. Es ist eine Verletzung von allem und jedem. Wir gehen davon aus, dass dies mit dem entsprechenden Beschluss der Europäischen Union zusammenhängt, die Sanktionen auf den Transit auszuweiten. Wir halten das außerdem für illegal."

Peskow wies auf den Ernst der Lage hin. Ihm zufolge bedürfe die Entscheidung der litauischen Behörden einer eingehenden Analyse, bevor Russland Vergeltungsmaßnahmen ergreife, die in wenigen Tagen erfolgen würden.

Angesichts des von Vilnius verhängten Verbots des Bahntransits einer Reihe von Gütern durch das Kaliningrader Gebiet bestellte das russische Außenministerium die litauische stellvertretende Botschafterin ein und forderte "die sofortige Aufhebung dieser Beschränkungen". Das Ministerium fügte hinzu, Moskau betrachte den Schritt als eine provokative Maßnahme, mit der Litauen seine völkerrechtlichen Verpflichtungen verletze. Es handele sich um einen offen feindseligen Akt.

Am Freitag gab der Gouverneur des Kaliningrader Gebiets Anton Alichanow bekannt, die litauische Eisenbahn habe der Kaliningrader Eisenbahn mitgeteilt, dass sie den Transit von Gütern, die unter die EU-Sanktionen fallen, ab dem 18. Juni einstellen werde. Der Leiter des russischen Gebiets erklärte:

"Nach unseren vorläufigen Schätzungen handelt es sich um 20 bis 40 Prozent der zwischen dem Kaliningrader Gebiet und anderen Regionen Russlands beförderten Nomenklatur. Dabei handelt es sich um Baustoffe, Zement, Metalle und eine ganze Reihe anderer wichtiger Bau- und Produktionsgüter."

Alichanow forderte die Bewohner des Gebiets auf, "nicht in Panik zu geraten" und keine Waren von Wiederverkäufern zu kaufen.

Im April verbot die EU im Rahmen des fünften Sanktionspakets die Einfuhr von Holz, Zement, Kohle und anderen Waren aus Russland. Zuvor hatte die EU Mitte März die Einfuhr von Stahl- und Eisenerzeugnissen verboten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b04ab148fbef45724bb2b0.jpg
Güterterminal der Station "Kaliningrad-Sortirowotschnaja" der Russischen Eisenbahnen

15:41 (14:41) novorosinform.org: **Angriff auf Tschernomorneftegas-Türme löste Russlands Hände - Abgeordneter der Staatsduma**
In naher Zukunft werde Moskau auf den Angriff auf Tschernomorneftegas mit Vergeltungsschlägen gegen Entscheidungszentren reagieren, sagte der Abgeordnete der Staatsduma von der Krim, Michail Scheremet.
Er erinnerte daran, dass sich die Bohrplattformen, die von den Streitkräften der Ukraine angegriffen wurden, im Schwarzen Meer im Gebiet der Schlangeninsel befinden, das von den Streitkräften der Russischen Föderation kontrolliert wird.
„Es gab einen Angriff auf zivile Infrastruktureinrichtungen, wodurch unsere Hände nicht mehe gebunden sind. Lassen Sie sie auf Antworten warten“, zitierte RIA Novosti den Abgeordneten.
Scheremet betonte, dass nicht nur diejenigen, die die Entscheidung getroffen haben, russische Bohrplattformen anzugreifen, sondern auch westliche Länder die Verantwortung für das Geschehen tragen würden, wenn bestätigt werde, dass der Angriff mit den von ihnen gelieferten Waffen erfolgt ist.

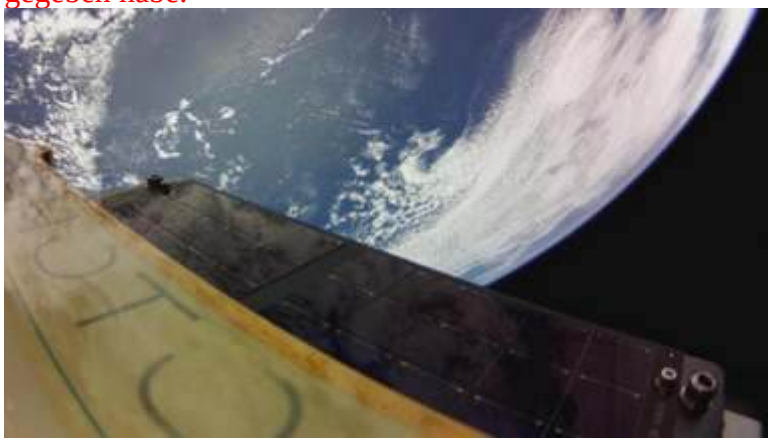
https://www.novorosinform.org/content/images/71/78/47178_720x405.jpg

15:58 (14:58) novorosinform.org: **Der russische Botschafter in Großbritannien wurde aus dem Parlament verbannt**
Der russische Botschafter im Vereinigten Königreich, Andrej Kelin, und andere russische Diplomaten sind offiziell vom Besuch des britischen Parlamentsgebäudes ausgeschlossen

worden. Das berichtet die Zeitung „The Guardian“.
„Als formell akkreditierter Vertreter der russischen Regierung wird der Botschafter bis auf Weiteres nicht im Parlamentsgebäude empfangen“, heißt es in dem Text.
Die Veröffentlichung stellt klar, dass ein solches informelles Verbot für akkreditierte Diplomaten und Beamte der Russischen Föderation seit Februar in Kraft sei, als Russland eine spezielle Militäroperation in der Ukraine startete.

https://www.novorosinform.org/content/images/71/79/47179_720x405.jpg

16:05 (15:05) novorosinform.org: **Amerikanische Satelliten filmten vor dem Angriff der ukrainischen Streitkräfte russische Bohrplattformen im Schwarzen Meer**
Laut RIA Novosti wurden die Bohrplattformen im Schwarzen Meer, die die eine Woche bevor die BFU beschossen haben, eine Woche zuvor von den kommerziellen US-Satelliten Worldview 1, 2 und 3 gefilmt. Sie fotografierten den Schwarzmeersektor, in dem sich die Bohrinseln von Tschernomorneftegas befinden.
Es wird berichtet, dass die Bilder am 11., 13. und 14. Juni aufgenommen wurden. Der Raketenangriff wurde am 20. Juni gestartet. Nach Angaben des Oberhaupts der Republik Krim Sergej Axjonow wurden 3 Personen verletzt, mehrere werden noch vermisst, insgesamt befanden sich 109 Personen auf den Bohrplattformen.
Später sagte Axjonow, dass es in der Republik genügend Luftverteidigungssysteme gebe, der gesamte Landteil unter ihrer Deckung sei und es keine Unterbrechungen der Gasversorgung gegeben habe.



https://www.novorosinform.org/content/images/71/80/47180_720x405.jpg

15:14 de.rt.com: **Staatsanwaltschaft München beschlagnahmt Wohnungen von Russen**
Im Zuge der Sanktionen gegen Russland hat die Staatsanwaltschaft München I drei

Wohnungen und ein Bankkonto von Russen beschlagnahmt. Es wäre nach derzeitigem Kenntnisstand bundesweit der erste Fall, bei dem nicht nur Vermögenswerte, sondern auch Immobilien betroffen wären.
Im Zuge der Sanktionen gegen Russland hat die Staatsanwaltschaft München I drei Wohnungen und ein Bankkonto von Russen beschlagnahmt. "Es handelt sich nach derzeitigem Kenntnisstand bundesweit um den ersten Fall, bei dem nicht nur Vermögenswerte aufgrund der Sanktionen "eingefroren", sondern tatsächlich Immobilien beschlagnahmt wurden", teilte Oberstaatsanwältin Anne Leiding am Montag in München mit.
Die Wohnungen befinden sich den Angaben zufolge in München, auf dem Konto gingen derzeit monatliche Mietzahlungen von rund 3.500 Euro ein. Die Beschlagnahmung sei nach Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft möglich, da der Beschuldigte Mitglied der Staatsduma der Föderationsversammlung der Russischen Föderation sei. Beschuldigt werde auch seine Ehefrau mit gemeldetem Wohnsitz in München.
Der Abgeordnete stehe seit dem 23. Februar auf der Liste der sanktionierten Personen. Er habe damals im russischen Parlament für eine Entschließung gestimmt, die den russischen Präsidenten Wladimir Putin aufforderte, die von den Separatisten beanspruchten Gebiete der Ostukraine, die selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk, als unabhängige Staaten anzuerkennen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b0727148fbef46ee4080a5.jpg

15:20 de.rt.com: **DVR-Chef: Keine Appelle aus Großbritannien und Marokko zum Schicksal der verurteilten ausländischen Söldner erhalten**
Großbritannien und Marokko haben sich nicht an die Donezker Volksrepublik (DVR) gewandt, was ihre in der Republik verurteilten Staatsbürger betrifft. Dies erklärte der Chef der DVR Denis Puschilin am Montag im Fernsehsender Rossija 24. Er sagte:
"Man sieht die absolute Gleichgültigkeit Großbritanniens, von dem es keine offiziellen Appelle und keine Sorge um das Schicksal seiner Bürger gibt. Wichtig ist auch, dass Kiew nichts unternimmt. Das heißt, die Söldner sind im Grunde genommen abgeschrieben."
"Es liegen keine Anfragen aus London oder Marokko vor."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b0397048fbef43ac455660.jpg

Die britischen Staatsangehörigen Aidan Eslin, Shaun Pinner und der marokkanische Staatsangehörige Brahim Saadoun, die beschuldigt werden, als Söldner mit ukrainischen bewaffneten Verbänden an Kampfhandlungen in der DVR teilgenommen zu haben, in einem Gerichtssaal in Donezk

15:50 de.rt.com: **Krim-Senatorin: Schwere Schäden in Odessa durch ukrainischen Beschuss der Schwarzmeer-Bohrplattformen nur knapp abgewendet**

Die russische Senatorin der Teilrepublik Krim, Olga Kowitidi, hat auf schwerwiegende Folgen des ukrainischen Angriffes auf schwimmende Gasförderplattformen des Unternehmens Tschernomorneftegas hingewiesen, die nur durch glückliche Umstände haben vermieden werden können. Der Beschuss hätte zur Explosion eines Gasspeichers an den Plattformen führen können, die gravierende Schäden an der nur wenige Dutzend Kilometer entfernt liegenden Küstenstadt Odessa verursacht hätte, erklärte sie gegenüber RIA Nowosti. Kowitidi führte aus:

"Durch den Angriff der ukrainischen Streitkräfte wurden Plattformen am Vorkommen Odesskoje betroffen, wo sich der Gasspeicher Glebowskoje 71 Kilometer von Odessa entfernt befindet. Hätten wir das Gas nicht rechtzeitig abgelassen, wäre der Gasspeicher explodiert, und die Wirkung dieser Explosion wäre wie von einer Wasserstoffbombe gewesen. Von Odessa wäre dann nichts mehr übriggeblieben. Es heißt, der Raketenangriff wurde praktisch gegen Odessa von den ukrainischen Streitkräften selbst geführt."

Neuesten Angaben zufolge hat die ukrainische Seite am Montagmorgen insgesamt drei Angriffe gegen drei russische Bohrplattformen verübt. Laut Krim-Chef Sergei Aksjonow befanden sich zum Zeitpunkt des Vorfalls insgesamt 109 Menschen auf den Bohrinseln, von denen mindestens drei verletzt und 21 bereits evakuiert wurden. Die Gasversorgung der Halbinsel sei dadurch nicht beeinträchtigt worden, hieß es. Die Behörden der Halbinsel stuften die Angriffe als Terroranschläge ein.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b06cb248fbef46ee40808d.jpg

Blick auf das Opernhaus in der ukrainischen Schwarzmeerstadt Odessa

15:58 de.rt.com: **Medienbericht: US-Ölreserven gehen zur Neige**

Laut der Newsplattform "Bloomberg" haben die USA im vergangenen Jahr aktiv aus ihrer strategischen Erdölreserve (SPR) verkauft, um einen weiteren Anstieg der Energiepreise zu verhindern. Prognosen zufolge sollen die Vorräte bis Oktober auf ein 40-Jahres-Tief sinken.

Washington habe im vergangenen Jahr aktiv aus seiner strategischen Erdölreserve (SPR) verkauft, um einen weiteren Anstieg der Energiepreise zu verhindern, berichtete die US-amerikanische Newsplattform Bloomberg am Freitag. Doch, so Bloomberg, die Regierung könne die Reserven nicht ewig ausschöpfen.

Dem Bericht zufolge wurden im vergangenen Jahr fast 115 Millionen Barrel auf den Markt gebracht. Diese Verkäufe sind seit Mitte Mai auf ein Rekordhoch von fast einer Million Barrel pro Tag angestiegen. Beim derzeitigen Tempo verkaufen die Vereinigten Staaten mehr Barrel aus ihrer Reserve als die Produktion der meisten mittelgroßen OPEC-Länder wie Algerien oder Angola.

Die SPR-Reserve enthält zwei Arten von Rohöl: mittel-saures Rohöl, das von Russland, den meisten Ländern des Nahen Ostens und Venezuela gefördert wird, und leicht-saures Rohöl. Eine von Bloomberg durchgeführte Analyse offizieller Daten ergab, dass 85 Prozent des im letzten Jahr aus dem SPR verkauften Öls mittel-sauer war. Diese Verkäufe haben die Menge an Rohöl in der Reserve "dramatisch" reduziert.

Wenn Washington sein derzeitiges Tempo beibehalte, würden die Reserven bis Ende Oktober auf ein 40-Jahres-Tief von 358 Millionen Barrel schrumpfen. Vor einem Jahr enthielt der SPR, der sich in vier Kavernen in Texas und Louisiana befindet, Berichten zufolge noch 621 Millionen Barrel.

Weiter heißt es in dem Bericht:

"So wie der Ölmarkt heute aussieht, ist es schwer vorstellbar, dass Washington die Verkäufe im Oktober stoppen kann. Ein Wegfall dieses zusätzlichen Angebots würde bedeuten, dass die kommerziellen Vorräte schnell erschöpft sind, was die Ölpreise nach oben drücken würde."

Nach Schätzungen von OilX, die von Bloomberg zitiert werden, wird der SPR Ende Oktober nur noch 179 Millionen Barrel mittelschweres Rohöl enthalten. Das bedeutet, dass die USA im Zeitraum von Juni 2021 bis Oktober 2022 wahrscheinlich 180 bis 190 Millionen Barrel mittelschweres Rohöl aus ihren Reserven verkauft haben werden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b046e6b480cc4ad56c5970.jpg

16:20 de.rt.com: **Baerbock wirbt für konkrete EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine**
Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat wenige Tage vor dem möglicherweise entscheidenden EU-Gipfel für eine konkrete EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine geworben. Am Rande eines EU-Außenministertreffens in Luxemburg am Montag appellierte die Grünen-Politikerin dazu, den "historischen Moment" hierfür nicht zu verpassen:
"Es gilt jetzt, nicht nach Schema F zu verfahren, sondern diesen historischen Moment zu nutzen und der Ukraine mit Blick auf ihre Perspektive deutlich zu machen: Ihr gehört mitten in die Europäische Union."
Die Herausforderungen und Aufgaben für den Beitrittsprozess seien "wahnsinnig groß", niemand wolle aber, dass man in ein paar Jahren zurückschaue und sage: "Wie konnten wir diese Weichenstellung nicht nutzen?", ergänzte Baerbock. Ebenso unterstützte sie den Vorschlag der EU-Kommission, auch die Republik Moldau zum EU-Beitrittskandidaten zu ernennen. Die Ministerin sagte:
"Wir müssen sehen, in welcher Situation Moldau in diesen Zeiten steht."
Mit Blick auf eine mögliche EU-Erweiterung sprach sich Baerbock dafür aus, Entscheidungsverfahren in der Gemeinschaft anzupassen. Sie führte aus:
"Es gilt jetzt nicht einfach nur, mehr Stühle in den europäischen Kreis zu stellen, sondern wir müssen gemeinsam die Europäische Union stärken."
Das bedeute perspektivisch, dass man auch in der Außen- und Sicherheitspolitik zu Mehrheitsentscheidungen kommen müsse, damit man in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Stärke habe, die man brauche, um die europäischen Werte zu verteidigen.
Die EU-Kommission hatte am Freitag empfohlen, die Ukraine und Moldau offiziell zu Kandidaten für den Beitritt zur Europäischen Union zu ernennen. Die Entscheidung über den Kandidatenstatus müssen nun die Regierungen der 27 EU-Staaten treffen. Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Kolleginnen und Kollegen kommen an diesem Donnerstag in Brüssel zu Beratungen zum Thema zusammen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b05ad648fbef46e717c07b.jpg

16:45 de.rt.com: **Bürgermeister von Donezk meldet zwölf Tote durch ukrainischen Beschuss innerhalb einer Woche**

Die ukrainische Armee hat Donezk in der vergangenen Woche insgesamt 291 Mal beschossen, teilte der Bürgermeister der Stadt Alexei Kulemsin am Montag in einer Sendung des russischen TV-Senders Perwy Kanal mit. Ihm zufolge wurden infolge der Angriffe zwölf Zivilisten getötet und 93 weitere verletzt. Kulemsin meldete außerdem umfassende Zerstörungen der lokalen Wohn- und Industrieinfrastruktur.

Der Bürgermeister merkte an, dass die ukrainischen Streitkräfte bei den Attacken schwere Artillerie mit einem Kaliber von 152 und 155 Millimeter sowie Mehrfachraketenwerfer vom Typ "Grad" und "Uragan" einsetzen. Die Intensität des Beschusses von Donezk durch die ukrainischen Militärs nehme nicht ab, wobei die Angriffe gezielt auf Wohngebiete und soziale Einrichtungen gerichtet seien, so Kulemsin.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b0733eb480cc0d424e9573.jpg

Folgen des Beschusses eines Mehrfamilienhauses in Donezk, 18. Juni 2022

17:40 de.rt.com: **Bis zu 1.000 Zivilisten befinden sich im Asot-Werk**

Andrei Marotschko, Oberstleutnant der Lugansker Volksmiliz, hat erklärt, dass sich im eingeschlossenen Asot-Werk in Sewerodonezk sich bis zu 1.000 Zivilisten befinden würden. "Die Anzahl der Zivilisten beläuft sich auf bis zu 1.000 Personen", sagte er in einer Fernsehsendung des „Perwy Kanal“.
Marotschko fügte hinzu, dass Teile der im Werk eingeschlossenen ukrainischen Truppen die Zivilisten als menschliche Schutzschilde nutzen würden, um sich zwischen Gebäuden auf dem Werkgelände zu bewegen und dabei selbst nicht unter Beschuss zu kommen:
"Es wurde beobachtet, wie Teile der ukrainischen bewaffneten Verbände sich im freien Gelände bewegten und dabei Menschen als lebende Schutzschilde nutzten."
Marotschko vermutete, dass vor allem ausländische Söldner diese Taktik anwenden würden. "Ich weiß nicht, über welche moralischen Eigenschaften man verfügen muss, um sich hinter Frauen und Alten zu verstecken", bemerkte er. Die Anzahl der ausländischen Söldner auf dem Gelände des Werks war bisher auf mehrere Hunderte geschätzt worden.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 20. Juni 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.
In Mariupol, Wolnowacha und Kljutschewoje wurden Kommunikationsobjekte wieder in Betrieb genommen.
An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 1160 Menschen.
Die Reparatur des Straßenbelags auf den Autostraßen Bugas – Nikolajewka und Kremenewka – Jalta gingen weiter.
Zivilschutzkräfte haben **mehr als 4 Hektar Territorium untersucht und 211 explosive Objekte entschärft**.
Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in den Bezirken Perschotrawnewoje und Wolnowacha 1760 humanitäre Pakete ausgegeben.
Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.
Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:46 de.rt.com: **Peskow: OVKS-Beteiligung an russischem Sondereinsatz in der Ukraine nicht diskutiert**
Kremlsprecher Dmitri Peskow hat mitgeteilt, dass eine Beteiligung von Truppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) an der Sonderoperation in der Ukraine nicht in Betracht gezogen werde. Er betonte jedoch die Bedeutung der Sonderoperation und die Absicht Russlands, die Sicherheits-Organisation weiter auszubauen.
Der Kreml habe nicht in Erwägung gezogen, die Truppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) an der speziellen Militäroperation Russlands in der Ukraine zu beteiligen. Dies erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, gegenüber Journalisten.
Er wies darauf hin, dass die Entwicklung der OVKS eine der außenpolitischen Prioritäten Russlands sei, während die Organisation selbst "in der jüngsten Vergangenheit ihre Wirksamkeit, Effizienz und Notwendigkeit unter Beweis gestellt" habe.
Dem Sicherheits-Bündnis gehören neben Russland auch Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan an.

Am 16. Mai fand in Moskau ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der OVKS aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Vertrags über kollektive Sicherheit und des 20-jährigen Bestehens der Organisation statt. Bei dem Treffen versprach Putin den Leitern, sie über die militärischen Entwicklungen zu informieren. Der Generalsekretär der OVKS, Stanislaw Sas, betonte, dass die Frage der Beteiligung der kollektiven Sicherheits-Streitkräfte an Spezialoperationen auf dem Gipfel nicht erörtert wurde.

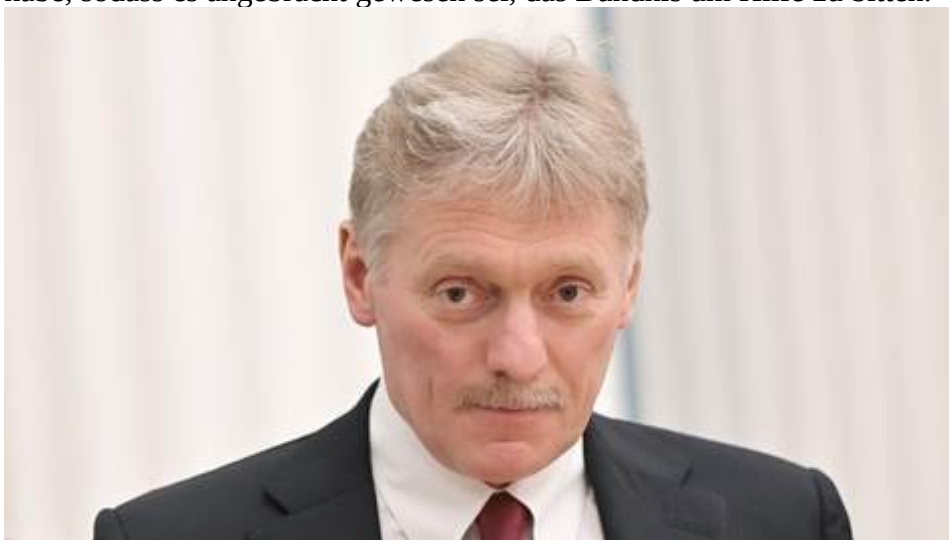
Im Juni warf der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow den OVKS-Oberen vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine eine mangelnde Haltung vor. Er sagte:

"Wenn es einen Staat gibt, wenn es einen Verbündeten gibt, dann muss er sich entscheiden und etwas unternehmen. Wer hat Weißrussland gerettet? Russland. Wer hat Kasachstan gerettet? Russland. Wer hat den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan beendet? Russland. Und wenn Russland Hilfe braucht, schweigen Sie alle – Sie haben Angst vor Sanktionen."

Konstantin Satulin, Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des Staatsduma-Ausschusses für GUS-Angelegenheiten, sagte seinerseits am 18. Juni, dass Russlands "sogenannte Verbündete" in der GUS, der EAWU (Eurasische Wirtschaftsunion) und der OVKS "ein sehr eigenartiges Verständnis ihrer Verpflichtungen und ihres Bündnisses haben" und diese Zusammenschlüsse "wie ein Buffet" behandeln. Damit reagierte er auf die Äußerungen des kasachischen Präsidenten Qassym-Schomart Toqajew über die Nichtanerkennung der Volksrepubliken Lugansk und Donezk. Andrei Turtschak, Sekretär des Generalrats von "Einiges Russland", kritisierte Satulins Position und schlug vor, er solle sich "auf die Aufgaben seines Ausschusses konzentrieren", das heißt die Stärkung der verbündeten Beziehungen zu den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Turtschak betonte, dass die Worte Toqajews kein Grund für Beamte seien, "provokante, voreingenommene Kommentare in den Medien abzugeben".

Seit dem 24. Februar führt Russland in der Ukraine eine Operation zur "Entmilitarisierung und Entnazifizierung" durch. Kiew hat das Kriegsrecht verhängt und die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abgebrochen.

Im Januar waren OVKS-Friedenstruppen an der Niederschlagung von Protesten in Kasachstan beteiligt, die auf Toqajews Aufruf hin stattfanden. Gemäß Artikel 4 des Vertrags über kollektive Sicherheit wird ein bewaffneter Angriff, der die Sicherheit, Stabilität, territoriale Integrität und Souveränität eines Mitgliedstaates bedroht, von den übrigen Teilnehmern als Aggression gegen alle angesehen. Daher müssen die Mitgliedstaaten im Falle einer solchen Aggression auf Ersuchen des angegriffenen Staates militärischen Beistand leisten. Toqajew betonte, dass es sich bei den Protesten im Januar um eine Aggression von außen gehandelt habe, sodass es angebracht gewesen sei, das Bündnis um Hilfe zu bitten.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b0796548fbef4d21388742.jpg

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 20.06.22**
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 280 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm **abgefeuert**.
Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden **5 Zivilisten, darunter ein Kind, geb. 2012, verletzt**. 16 Wohnhäuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Die Materialien zur Verletzung von Zibilisten sowie zur Zerstörung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, ein Lastwagen und mehr als 40 Mann. 2 Feuestellungen des Feindes im Gebiet von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.
Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 7 verletzt wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:51 de.rt.com: **Weniger Gas durch Nord Stream 1 – Kein Verlust für Gazprom**
Die Einführung von Börsen und Warenterminhandel für Erdgas hat einen entscheidenden Nachteil – jede Verringerung des Angebotes wirkt sich sofort auf den Preis aus. Ein Verlust für den Verkäufer wäre nur möglich, wenn es ein Überangebot gäbe.
Nachdem vor einigen Tagen die Gaslieferungen durch Gazprom über Nord Stream 1 wegen einer in Kanada festsitzenden Turbine reduziert worden waren, hat nun das Handelsblatt berechnet, dass der russische Gaslieferant dennoch fast die gleichen Einnahmen erzielt wie vor dieser Beschränkung.
Am 10. Juni seien über Nord Stream 1 noch 2.241 Gigawattstunden Erdgas geliefert worden. Um die Menge etwas fassbarer zu machen – das entspricht 224 Millionen Kubikmetern auf den Gaszählern der Endkunden oder dem Jahresverbrauch von knapp 180.000 durchschnittlichen Haushalten pro Tag. Am 17. Juni waren es nur noch 1.520 Gigawattstunden, also ein Drittel weniger.
Dennoch, so das Handelsblatt, seien die Einnahmen von Gazprom im Vergleich zur Vorwoche nur um drei Prozent gesunken, da durch die Verknappung des Angebots der Preis auf dem Spotmarkt von 82,75 Euro auf 118,50 Euro je Megawattstunde gestiegen sei.
Insgesamt sind die Erdgaslieferungen aus Russland in die EU seit Anfang Februar um beinahe 60 Prozent gefallen. Eine weitere Reduzierung könnte das in Deutschland vorgegebene Ziel, die Erdgasspeicher bis zum 1. November zu 90 Prozent befüllt zu haben, in Frage stellen. In der Heizperiode ist die Gasversorgung aber nur gesichert, wenn zur kontinuierlichen Lieferung auch noch die Entnahme aus den Speichern tritt.
Aus der Industrie wurde bereits die Abschaltung von Gaskraftwerken gefordert; man könne die Schwankungen im Bereich Windkraft und Solarzellen auch mit Kohlekraftwerken ausgleichen und so Gas sparen. Das allerdings ist eine Forderung, die auf Widerstand der

Energieversorger trifft, die jeder für sich nicht notwendigerweise die Möglichkeit hätten, ein abgeschaltetes Gaskraftwerk durch ein Kohlekraftwerk zu ersetzen, aber auf Zukäufe angewiesen wären oder Strafzahlungen leisten müssten, wenn bestehende Verträge nicht eingehalten werden könnten. Es handelt sich eben zwar technisch sowohl bei der Gas- als auch bei der Stromversorgung um ein Netz, aber nicht ökonomisch.
Die Berechnung, die das Handelsblatt vornimmt, ist allerdings in zwei entgegengesetzten Richtungen unvollständig. Zum einen ist Gazprom eigentlich ein Lieferant mit langfristigen Lieferverträgen und dafür bekannt, gerade darauf besonderen Wert zu legen. Das Unternehmen ist zwar an den Gasbörsen registriert, aber wie weit dort Gazprom tatsächlich handelt, lässt sich nicht belegen. Ohne eine reale Beteiligung an diesem Handel werden allerdings auch nicht die vom Handelsblatt angenommenen Preise erzielt.
Der Spotmarkt für Erdgas sollte kurzfristige Über- und Unterversorgungen ausgleichen; an ihm finden sich alle namhaften europäischen Netzbetreiber. Die Energiebörse hat auf den Strom- wie auf den Gaspreis die gleiche Wirkung; sie treibt ihn nach oben und vervielfacht die natürlichen Ausschläge im Jahresverlauf. Marktteilnehmer sind aber vor allem Zwischenhändler.
Andererseits ist jenes Erdgas, das nicht nach Westeuropa geliefert wird, deshalb nicht verschwunden. Es wird nur in eine andere Richtung gepumpt. Insofern gleicht sich die Berechnung wieder aus, selbst wenn Gazprom nicht an der Spekulation teilnimmt. Letztlich werden immer 100 Prozent des geförderten Gases verkauft, nur eben nicht nach Westeuropa. Das gilt für die fast 40 Prozent, die seit Februar weniger an die EU geliefert werden, ebenso wie für das Drittel, um das die Lieferungen per Nord Stream 1 verringert wurden.
Wobei die Betonung der möglichen Erträge über die Spotmärkte, die das Handelsblatt vornimmt, von einer weiteren Frage ablenkt, die sich aus ebendiesem Umlenken der Gaslieferungen ergibt: Nachdem Russland immer Wert auf langfristige Verträge gelegt hatte und auch die Gasmengen, die aus einem bestimmten Vorkommen geliefert werden, nicht beliebig nach oben ausbaubar sind – was geschieht, wenn Westeuropa irgendwann zur Besinnung kommt, aber inzwischen langfristige Verträge mit anderen Abnehmern geschlossen wurden? Dann könnte aus der momentanen Krise der Energieversorgung, die noch durch eine Aufhebung der Sanktionen behebbar wäre, ein dauerhafter, irreversibler Schaden geworden sein.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b06fe648fbef45724bb2de.jpg

19:30 de.rt.com: **DVR: Mehr als 150.000 Meldungen über Verbrechen ukrainischer Truppen eingegangen**

Über 150.000 Meldungen über die Verbrechen ukrainischer Streitkräfte seien durch Bewohner des Donbass über ein Telegram-Bot eingereicht worden, berichtete der Stab der Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik:
"Während der Existenz des Bots sind über 150.000 Meldungen eingegangen. Die Mehrzahl der Informationen erwies sich als relevant."
Der Telegram-Bot zur Meldung von Verbrechen ukrainischer Militärangehöriger war am 5. März gestartet worden.

20:30 de.rt.com: **DVR vermutet Einsatz von HIMARS-Mehrfachraketenwerfern durch ukrainisches Militär**
Andrei Bajewski, Oberstleutnant der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik, geht davon aus, dass die ukrainischen Streitkräfte Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS zum Beschuss von Donezk bereits eingesetzt haben könnten. In einer Sendung des russischen Senders Perwy kanal sagte er:
"Es gab bereits mehrere Meldungen, dass die Explosionen im Bezirk Kujbyschewski eine größere Intensität haben. Die Information ist noch nicht bestätigt, aber es gibt einen Verdacht, dass Mehrfachraketenwerfer aus US-amerikanischer Produktion eingesetzt werden."
Zuvor hatten die USA die Entsendung von HIMARS-Mehrfachraketenwerfern im Rahmen der militärischen Unterstützung der Ukraine gebilligt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b09fa248fbef1ff56a06a1.jpg

21:00 de.rt.com: Um Haushaltsdefizit zu begleichen: Selenskij fordert fünf Milliarden US-Dollar monatlich für die Ukraine
Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat finanzielle Unterstützung für Kiew zur Begleichung des Haushaltsdefizits angefordert. Während seines Auftritts am Global Policy Forum wies er darauf hin, dass die ukrainische Wirtschaft um die Hälfte eingebrochen sei, und sagte:
"Kein Land kann in dieser Lage ohne finanzielle Hilfe bestehen. Und wenn wir sagen, dass die Ukraine etwa fünf Milliarden US-Dollar monatlich benötigt, um das Haushaltsdefizit zu decken, ist es nicht einfach eine Zahl."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b0a84448fbef205515f620.jpg

21:29 de.rt.com: **Facebook- und Instagram-Verbot in Russland tritt endgültig in Kraft**
Heute ist die Anerkennung von Meta als extremistisch und das daraus resultierende Verbot von Facebook und Instagram in Russland in Kraft getreten. Das Unternehmen hatte Zeit, gegen das Urteil vom März Berufung einzulegen, hat dies aber nicht getan.
Das Moskauer Stadtgericht hat einen Einspruch gegen das Verbot von Facebook und Instagram in Russland und die Anerkennung von Meta-Produkten als extremistisch abgelehnt. Das Verbot ist nun endgültig in Kraft getreten. Dies teilte der Pressedienst des Gerichts mit: "Die Entscheidung des Bezirksgerichts Twerskoi wurde ohne Änderung eingestellt, die Beschwerde ohne Befriedigung."
Facebook ist in Russland seit dem 4. März gesperrt, Instagram seit dem 14. März, und am 21. März befand das Gericht in Moskau das soziale Netzwerk als extremistisch und verbot es in Russland. Das Unternehmen hatte jedoch auch danach noch das Recht, Einspruch zu erheben.
Das Verbot von Metas Social-Networking-Seiten war eine Reaktion auf ein internes Schreiben des Unternehmens, in dem es hieß, dass es das Verbot für Einwohner einer Reihe von Ländern, Informationen zu veröffentlichen, die zu Gewalt gegen russische Bürger, einschließlich Angehörige der Streitkräfte, aufstacheln, vorübergehend aufhebt.
Das US-Unternehmen stellte später klar, dass es nicht darum ging, Gewaltaufrufe gegen alle Russen zuzulassen, sondern nur um emotionale Äußerungen über russische Soldaten und Beamte im Zusammenhang mit der Militäraktion in der Ukraine. Meta-Sprecher Andy Stone veröffentlichte einen Screenshot des Newsletters, aus dem hervorging, dass das Unternehmen "vorübergehend Formen der politischen Meinungsäußerung zugelassen hat, die normalerweise gegen das Verbot von Gewaltaufrufen verstoßen würden". Das soziale Netzwerk Meta gehe nun davon aus, dass Nutzer aus Russland und der Ukraine sowie aus Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und der Slowakei zu Gewalt gegen russische Soldaten aufrufen dürfen.
Am 11. März war die Generalstaatsanwaltschaft Russlands vor Gericht gezogen, um Meta zu einer extremistischen Organisation zu erklären, während das Ermittlungskomitee wegen der Handlungen ihrer Leitung Strafverfahren unter den Artikeln "Propaganda des Terrorismus" und "Aufstachelung zu Hass und Feindseligkeit unter Androhung von Gewalt" eingeleitet hatte.
Trotz des Verbots von Facebook und Instagram wurde ein anderes Meta-Produkt, der Messenger WhatsApp, in Russland bislang nicht verboten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b0977c48fbef1fa6718469.jpg

22:00 de.rt.com: **Städte in Donezker Volksrepublik unter Raketenbeschuss**
Das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination in der Donezker Volksrepublik gab bekannt, dass ukrainische Mehrfachraketenwerfer das Gebiet der Republik unter Beschuss genommen haben. So sind am Abend des heutigen Montags vier Projektile von einem Raketenwerfer vom Typ BM-27 "Uragan" auf die Stadt Makejewka abgeschossen worden. Des Weiteren wurden zehn Geschosse von einem Raketenwerfer vom Typ BM-21 "Grad" auf die Ortschaft Krasny Partisan abgefeuert.
Nach vorläufigen Angaben der Behörde wurden beim Beschuss von Makejewka drei Zivilisten verwundet.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b0ca6548fbef205515f637.jpg
Ein ukrainischer Raketenwerfer vom Typ BM-21 „Grad“